# tarantel Nr. 22

**Vierteljahreszeitschrift der Ökologischen Plattform bei der PDS**

**Oktober 2003**

Anträge an den 8. Parteitag

Thesen zum Workshop „Welternährung“

Stellung zur Globalisierung – Attac und PDS im Vergleich

Saral Sakar gegen Globalisierung

PDS – sowohl als auch zur Gentechnik

## Inhaltsverzeichnis


Anträge der Ökologischen Plattform an die 2. Tagung des 8. Parteitages 1

Materialien zum Workshop der Ökologischen Plattform, der AG Wirtschaftspolitik, der AG Agrarpolitik und ländlicher Raum und der BAG Internationalismus bei der PDS „Sicherung der Welternährung – ökologisch nachhaltig, sozial gerecht (Probleme, Zusammenhänge, Politik) 4

Thesen zum Workshop 4
*Götz Brandt, Erika Czwing, Marko Ferst, Gisela Kremberg, Jak Ney, Klaus Steinitz, Hans Watzek, Gerd Weidlich, Manfred Wolf*

Menschenrechte und Umweltpolitik 10
*Wolfgang Sachs*

Zur Globalisierung 12

Vergleich von PDS- und Attac-Programm zur Globalisierung 12
*G. Brandt*

Warum man die Globalisierung kritisieren soll – Ein Versuch, etwas theoretische Klarheit in der Verwirrung zu schaffen 15
*Saral Sakar*

Gedanken über die Arbeit für eine nachhaltige Politik. Ökologie am Sonntag und unter der Woche, in der Theorie und in der Praxis 24
*Gangolf Stocker*

Gentechnik und PDS 28
*G. Kraft*

Diskussion 29

Brief von L. von Löhlhöffel an A.-K. Petereit 29

Erwiderung von A.-K. Petereit an L. von Löhlhöffel 30

Wissenswertes 31

Billigflieger: Kollapsgefahr für Mensch und Klima. Umwelt- und Verkehrsverbände fordern weniger Flugverkehr 31
*Gemeinsame Pressmitteilung von BUND, Bundesvereinigung gegen Fluglärm, Germanwatch, ROBIN WOOD und VCD, 04.09.203*

Naturschützer wollen neues Bundesjagdgesetz 32
*Deutscher Naturschutzring (DNR), Pressemitteilung 19/2003*

Dank WTO bald flächendeckend Gentechnikfelder in Europa? 34
*http://www.attac.de/gentechnik*

Klima: Wärmerekord für Nordhalbkugel 34
*http://www.g-o.de*

Sommer 2003 ließ jede Menge Rekorde purzeln? 35
*http://www.rp-online.de*

Japan führt in der Solartechnik 35
*http://www.sonnenseite.com*


## Editorial

In der Zeit zwischen dieser und der nächsten Ausgabe der Tarantel wird der Parteitag stattfinden, der das neue Programm der PDS annehmen soll. Mit diesem Programm wird sich die PDS besser als mit dem alten in der BRD eingerichtet, wird sie sich den herrschenden Verhältnissen besser angepasst haben. Ob sie sich damit als eigenständige politische Kraft behaupten, mehr Sympathisanten und Wähler schaffen kann, wird die Zukunft zeigen, darf aber zumindest bezweifelt werden.

Von solchen Zweifeln geplagt sollten wir dennoch zumindest aus zweierlei Gründen am Ende froh sein, wenn die Jahre der Debatte um dieses Programm – fruchtbar bis unfruchtbar – endlich vorbei sind:

1. könnte, so ist zu hoffen, die volle Kraft wieder der Politik, d. h. vornehmlich dem Kampf gegen Sozialabbau, gegen Militarisierung der Außenpolitik, für sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft gehören und so den Bürgern die Positionen und Ziele der PDS besser verdeutlicht werden,
2. würde mit der Annahme des Programms zumindest erst mal für dieses Dokument der Trend zur weiteren Arrangierung mit den gegebenen Verhältnissen, der in den Vorstandsdokumenten von mal zu mal deutlicher sichtbar wurde, zunächst mal unterbrochen sein.

Als Mitglieder und Sympathisanten der PDS hoffen wir immer noch, dass wir mit unseren Befürchtungen nicht Recht behalten.

Vom Wind gebeugt, doch aufrecht und ungebrochen steht dieser Baum an der Küste.
Die PDS – wo wird sie nach Chemnitz stehen?

Übrigens:
Gegen das zunehmende Wissen der Menschen wäre nichts einzuwenden, wenn sie dadurch gescheiter würden.

Ernst R. Hauschka

# Anträge der Ökologischen Plattform an die 2. Tagung des 8. Parteitages

Der Koordinierungsrat der Ökologischen Plattform hat am 20. September die folgenden Initiativanträge, die für die stärkere Betonung der ökologischen Aspekte bei der Formulierung eines neuen Parteiprogramm von der Plattform an die 2. Tagung des 8. Parteitages gestellt werden, bestätigt (Angabe der Textstellen nach Pressedienst PDS Nr. 35, 29.08.2003).

Anmerkung:
Des weiteren steht noch ein Antrag der Ökologischen Plattform von der 1. Tagung des 8. Parteitages, der an die 2. Tagung überwiesen wurde, zur Abstimmung (siehe Antrag G.1: „Die Regenwälder erhalten“ Chemnitzer Programmparteitag der PDS, Antragsheft, S. 137).

- **„Unternehmertum und Gewinninteresse sind wichtige Bedingungen von Innovation und betriebswirtschaftlicher Effizienz.“**

Der Parteitag möge beschließen:
Die Zeilen 50 bis 52 auf Seite 4, linke Spalte, sind wie folgt zu ersetzen:

***„Unternehmerisches Handeln und Gewinninteressen müssen sozial-ökologischen Zielen dienen.“***

Begründung:
Dass unternehmerisches Handeln und Gewinninteressen wichtige Bedingungen für Innovation und betriebswirtschaftliche Effizienz sind, ist, seit es unternehmerisches Handeln gibt, eine Binsenweisheit. Das in ihrem Programm zu erklären, hat eine sozialistische Partei nicht nötig, es sei denn, sie hält aus politischem Kalkül eine solche Verneigung vor den Gewinninteressen heutiger Konzerne für angebracht. Was allerdings in dieses Programm gut passt, ist der Verweis auf die im Grundgesetz verankerte soziale Verpflichtung von Eigentum.

- **„Wir wollen, dass eine dynamische Entfaltung der produktiven Kräfte der Gesellschaft die materiellen Grundlagen für eine alternative Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik stärkt. Wir wollen die Sackgasse eines sozial und ökologisch zerstörerischen Wachstums zugunsten eines nachhaltigen Wachstums- und Entwicklungspfades verlassen und stattdessen den Weg eines Wachstums im Rahmen nachhaltiger Entwicklung gehen.**
  **Eine radikale Ökologisierung der Gesellschaft, die damit verbundene neue Art wirtschaftlichen Wachstums und wissenschaftlichen und technischen Fortschritts bedürfen einer alternativen Produktions- und Lebensweise, einer von Entfremdung befreiten Arbeitswelt und eines Alltags, der durch die Wechselwirkung von Individualität und Gemeinschaftlichkeit bestimmt ist.“**

Der Parteitag möge beschließen:
Seite 4, rechte Spalte, sind die Zeilen 22 - 38 durch den nachfolgenden Text zu ersetzen:

***„Wir wollen die produktiven Kräfte der Gesellschaft für eine alternative Sozial-, Umwelt-, und Wirtschaftspolitik gewinnen. Die Sackgasse eines ökologisch und sozial zerstörerischen Wachstums soll verlassen werden. Politisch gestaltet werden muss der Aufbruch in eine ökologische Ära. Die Lebensräume der künftigen Generationen brauchen Schutz vor den kurzfristigen Interessenlagen der heutigen Gesellschaften. Der schleichende, immer weiter um sich greifende Verlust an ökologischen Stabilität birgt die Gefahr, dass solche destruktiven Prozesse global völlig außer Kontrolle geraten. Nur eine radikale Orientierung auf alternative Produktions- und Lebensweisen vermag gegenzusteuern. Wissenschaft und Technik müssen in diesen Wandel eingebettet werden. Nötig ist zudem ein Abbau entfremdeter Arbeitswelten und ein ausgewogenes Gleichgewicht zwischen Individualität und Gemeinschaftlichkeit.“***

Begründung:
Im alten Programm von 1993 findet man in den Eingangsteilen einen ganzen Absatz zu den ökologischen Herausforderungen. Die ist im neuen Programm eingespart. So wird dies die einzige Stelle sein, an der die Delegierten diesen Mangel ausgleichen können. Im Programm von Grünen/Bündnis 90 wird man ausführliche Stellungnahmen in diesem Programmbereich finden, bei der PDS nichts.

- **„Zu Chancen und Risiken der Biotechnologie und Gentechnik sind intensive Auseinandersetzungen notwendig, da Forschung und technologische Entwicklung auf diesen Gebieten sowohl irreparable Gesundheits- und Umweltschäden nach sich ziehen als auch Dienste für die Welternährung, bei der Behandlung von Krankheiten, bei der Umweltsanierung und für das ökologische Bauen leisten können.“**

Wir beantragen die Streichung des Satzes auf Seite 17, rechte Spalte, Zeilen 32 - 39.

Begründung:
Für Umweltsanierung und ökologisches Bauen, so dies im Wortsinne gemeint ist, sind gentechnische Verfahren verboten. Der Welthunger kann zwar durch gerechtere Verteilungsverhältnisse, eine Landreform, Subventionsstreichung für Nahrungsmittelexporte aus den USA und der EU u. a. Maßnahmen abgebaut werden, aber ganz sicher nicht durch gentechnisch manipulierte Monokultur in Drittweltstaaten. Die entsprechende Aussage wirkt wie abgeschrieben aus den Hochglanzpapieren der Agrar-Multis, als ob man sich nicht damit auseinandergesetzt hat, warum die „grüne Revolution“ in der Landwirtschaft von Drittweltstaaten grundlegend gescheitert ist. Ob „rote“, „grüne“, oder „graue“ Gentechnik gemeint ist, ist mit den auf die Risiken und Chancen bezogenen Aussagen ist nicht zu erkennen. Da im nächsten Abschnitt eindeutige Aussagen zur Gentechnik getroffen werden, ist dieser Abschnitt gänzlich verzichtbar.

- **„Zu Chancen und Risiken der Biotechnologie und Gentechnik sind intensive Auseinandersetzungen notwendig, da Forschung und technologische Entwicklung auf diesen Gebieten sowohl irreparable Gesundheits- und Umweltschäden nach sich ziehen als auch Dienste für die Welternährung, bei der Behandlung von Krankheiten, bei der Umweltsanierung und für das ökologische Bauen leisten können.“**

Wir beantragen die Streichung des Wortgruppe S. 17, rechte Spalte, Zeile 34:

„für die Welternährung“

Begründung:
Im Falle, dass die Streichung des ganzen Absatzes durch die Delegierten abgelehnt wird, machen wir darauf aufmerksam, dass insbesondere die Welternährung durch Gentechnik sichern zu wollen, eine hochgradig problematische Aussage ist, die auf scharfen Widerspruch bei Hilfsorganisationen im Bereich Hungerbekämpfung als auch bei Umweltverbänden stoßen wird. Das ist inhaltlich blanker Unsinn! Die Programmschreiber sind hier auf die Marketingstrategien der Agrar-Multis hereingefallen! (siehe dazu auch das Interview mit Prof. Jean Ziegler, Berliner Zeitung, 09.09.2003)

- **„Der ökologische Umbau der gegenwärtigen Produktions- und Lebensweise wird umfassender und komplizierter sein als alle vorhergegangenen Umwälzungen und Reformen in der Geschichte der Menschheit.“**

Der Parteitag möge beschließen:
Der Teil III. 4. (Umwelt) des Programmentwurfes ist mit folgendem Abschnitt einzuleiten (S.19, linke Spalte, Zeile 18):

***„Wir streiten für eine sozialökologische Umgestaltung der Gesellschaft, die einen Weg zum Sozialismus öffnet. Die profitbestimmte Produktions- und Lebensweise der Industriegesellschaft bedroht die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen mit unumkehrbarer Zerstörung. Ihr radikaler Wandel ist zwingend erforderlich, um die natürlichen Vorraussetzungen menschlichen Lebens auf der Erde, d. h. Reichtum und Vielfalt der lebendigen Natur, zu schützen und zu erhalten. Nachhaltige Bewahrung oder Wiederherstellung einer lebenswerten Umwelt heutiger und zukünftiger Generationen, der Menschen im Süden und im Norden unseres Planeten gehört zu den zentralen Fragen sozialistischer Programmatik und Politik.***
***Allen Bewohnern der Erde gebühren die gleichen Anrechte, Naturressourcen zu nutzen und natürliche Kreisläufe zu belasten. Von den reichen Ländern geht aber der Hauptteil der Umweltzerstörung aus. Sie müssen deshalb bei der Umgestaltung der Gesellschaft beispielgebend vorangehen. Dazu sind dem entgegenstehende Eigentums- und Machtverhältnisse schrittweise zu überwinden. Die Umkehr zu nachhaltigem Wirtschaften muss in den reichen Ländern durch eine deutliche Verminde-***

***rung von Naturbelastung und Ressourcenverbrauch begleitet werden, damit auch den armen Ländern ihre nachhaltige Entwicklung ermöglicht wird. Wir müssen ihnen den Umweltraum, den wir ihnen für unseren Luxus genommen haben, zurückgeben.***
***Der ökologische Umbau der gegenwärtigen Produktions- und Lebensweise wird umfassender und komplizierter sein als alle vorhergegangenen Umwälzungen und Reformen in der Geschichte der Menschheit."***

Begründung:
Im Teil Umwelt des vorliegenden Entwurfes wird leider, wie auch in anderen Teilen, der Trend zur Abschwächung der Kritik an den herrschenden kapitalistischen Verhältnissen fortgesetzt. So kommt es, dass der entsprechende erste Absatz aus dem vorhergehenden Entwurf, der die notwendige Kritik an der Profitbestimmten Produktions- und Lebensweise zum Ausdruck bringt, weggelassen wurde.

Eine ähnlich kritische Passage des vorhergehenden Entwurfes im Teil „Die globalen Sozialen Probleme" ist im vorliegenden Entwurf ebenfalls entfallen. Mit einer solchen Position kann wohl kaum jemand mehr begreifen, warum „der ökologische Umbau der gegenwärtigen Produktions- und Lebensweise ... umfassender und komplizierter" sein muss, „als alle vorhergegangenen Umwälzungen und Reformen in der Geschichte der Menschheit." Diese Einleitung des Teils Umwelt hat dann keine Basis mehr.
Die ÖPF hatte in ihrem Alternativvorschlag für den Teil Umwelt an die Programmkommission den ersten Absatz im Entwurf vom Februar 2003 aufgegriffen und im Sinne des vorliegenden Antrags verbessert und ergänzt. Wir sehen keinen Anlass, auf einen solchen kapitalismuskritischen Einstieg in den Umweltteil zu verzichten, es sei denn, wir wollen uns auch in diesem Teil nicht mehr von anderen Parteien unterscheiden.

- **„Die PDS unterstützt die Forderung, ein deutschland- und europaweit kohärentes Schutzgebietsystem zur Erhaltung ökologische rund biologischer Vielfalt (Biodiversität) zu schaffen."**

Der Parteitag möge beschließen, den nachfolgenden Satz auf Seite 20, linke Spalte, ab Zeile 33 al neuen Absatz einzufügen:

***„Wir setzen uns für einen umfassenden und wirksamen Tierschutz ein, dafür, dass der Respekt vor anderen Lebewesen gewahrt wird."***

(Der Antrag entfällt, wenn eine gänzlich andere Umweltpassage die Mehrheit der Delegierten erhält.)

- **„Als Sozialistinnen und Sozialisten beabsichtigen wir, zu einem anerkannten Teil des gesellschaftlichen Widerstands gegen den Neoliberalismus zu werden und mit eigenen Vorstellungen und Projekten bei der Kräftigung von starken gesellschaftlichen Reformkräften mitzuwirken. Wir streben politische Bündnisse an, die diesen Zielen gerecht werden."**

Der Parteitag möge beschließen, an geeigneter Stelle des Programmentwurfes im Teil IV. (Vorschlag S. 29, rechte Spalte, Zeile 9) einen zusätzlichen Text einzufügen:

***„Als Sozialistinnen und Sozialisten beabsichtigen wir, zu einem anerkannten Teil des gesellschaftlichen Widerstands gegen den Neoliberalismus zu werden und mit eigenen Vorstellungen und Projekten bei der Kräftigung von starken gesellschaftlichen Reformkräften mitzuwirken. Die PDS ist auf dem Wege zur Herausbildung eines stärkeren Verantwortungsbewusstseins für unsere natürliche Umwelt. Wir treten zusammen mit allen umweltengagierten Menschen im Land dafür ein, dass die Verantwortung für den Erhalt einer stabilen Ökosphäre stärker zur Geltung kommt und ökologische Erfordernisse nicht länger kapitalistischen Profitinteressen geopfert werden. In der Erhaltung und Verbesserung der natürlichen Lebensbedingungen der Menschen sehen wir eine soziale Verantwortung sowohl für heutige als auch für künftige Generationen. Die PDS will nicht nur soziale, sondern auch ökologische Kompetenz ausbauen. Wir streben politische Bündnisse an, die diesen Zielen gerecht werden."***

Begründung:
Von Vertretern der PDS wird im Landes- und kommunalen Bereich auf ökologischem Gebiet zum Teil bereits gewichtige und anerkannte Arbeit geleistet. Als Ganzes sieht sich die Partei allerdings noch immer nicht als die berufene Verfechterin ökologischen Handelns in der Gesellschaft. Der vornehmliche Bezug in unserer Programmatik, aber besonders in unserer

Politik, auf die soziale Seite unserer Traditionen behindert die Erkenntnis, dass spätestens seit der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts zur Vertretung sozialer Interessen auch die Ökologie gehört. Nicht als schmückendes Beiwerk, sondern als immanenter, gleichwertiger wenn nicht vordringlicher Bestandteil.

In dieser Hinsicht muss am Selbstbewusstsein und -verständnis der Partei weiter gearbeitet werden. Die vorgeschlagene Passage in diesem Teil des Programms soll darüber hinaus zu noch konsequenterer Vertretung und Durchsetzung ökologischer Erfordernisse in der Politik anhalten.

# Materialien zum Workshop der Ökologischen Plattform (ÖPF), der AG Wirtschaftspolitik (AGW), der AG Agrarpolitik und ländlicher Raum (AGL) und der BAG Internationalismus (BAGI) bei der PDS "Sicherung der Welternährung – ökologisch nachhaltig, sozial gerecht (Probleme, Zusammenhänge, Politik)"

## Thesen zum Workshop

***Götz Brandt (ÖPF), Erika Czwing (AGL), Marko Ferst (ÖPF), Gisela Kremberg (BAGI), Jak Ney (BAGI), Klaus Steinitz (AGW), Hans Watzek (AGL), Gerd Weidlich (AGW), Manfred Wolf (ÖPF)***

### 1. Menschenrecht auf Ernährung

Die Sicherung der Ernährung der Weltbevölkerung ist eine Zielstellung, die sich direkt aus dem "Recht eines jeden Menschen auf Zugang zu gesundheitlich unbedenklichen und nährstoffreichen Nahrungsmitteln" (Welternährungsgipfel, Rom 2002) ergibt. Auf dem vorangegangenen Welternährungsgipfel 1996 in Rom wurde die Aufgabe gestellt, die Zahl der hungernden Menschen spätestens bis 2015 um die Hälfte zu reduzieren, von 800 Millionen Mitte der 90er Jahre auf 400 Millionen 2015.

Die Verwirklichung dieses Rechts auf Ernährung und des bis 2015 gestellten konkreten Etappenziels wird durch große gesellschaftliche - soziale, ökonomische und ökologische - Probleme und Hemmnisse, durch tiefgreifende Widersprüche und Konflikte gekennzeichnet.

Jeder Mensch hat das Recht auf Nahrung. Das Recht auf Nahrung wird von den in FIAN vereinigten NGOs auf Initiative von „la Via Campesina" definiert als das „Recht sich zu ernähren". Das bedeutet das Recht jeder Nation, die eigenen Möglichkeiten zur Nahrungsgütererzeugung zu entwickeln, die für die Sicherung der Ernährung notwendig sind. Diese Interpretation entspricht sozialistischer Sicht.

Auf der letzten Tagung des Ständigen Ausschusses für Ernährung der UNO im März dieses Jahres wurde erneut die Grundhaltung der Entwicklungsländer deutlich, dass ihnen nicht an Nahrung aus der entwickelten Welt gelegen ist, sondern an Nahrung, die sie in ihren Ländern mit eigener Arbeit erzeugen.

Während das Recht auf Nahrung im wesentlichen unstrittig ist, rüttelt die Interpretation als Recht, sich zu ernähren, an den Grundfesten der gegenwärtigen Weltwirtschaftsordnung. Es stellt Prozesse in Frage wie

- die Verdrängung der Subsistenzwirtschaft,
- die Konzentration des Bodens in der Hand von mit dem internationalen Kapital verflochtenen Großgrundbesitzern,
- die Orientierung des Exports der Entwicklungsländer auf billige Rohstoffe und
- die Abhängigkeit der Ernährung in den Entwicklungsländern von Importen aus dem Norden.

Die vom Welternährungsgipfel 1996 beschlossene Halbierung der Zahl der Hungernden bis 2015 wird nicht erreicht. Der jährliche Rückgang betrug nicht wie notwendig 20 Millionen, sondern nur 8 Millionen. Die FAO führt als wesentliche Ursachen Naturkatastrophen, Kriege, aber auch nicht umgesetzte Programme, an. Das Ziel wird nach bisherigen Einschätzungen nicht einmal 2030 realisiert, obwohl die Nahrungsgüterproduktion insgesamt und pro Kopf weiter ansteigt.

Bei einem prognostizierten Wachstum der Bevölkerung um jährlich 1,1 % und der Erzeugung von Nahrungsmitteln um 1,5 % stehen dann durchschnittlich 3050 kcal an Nahrungsenergie zur Verfügung (z. Z. 2800). Dennoch wird die Zahl der Hungernden von gegenwärtig 800 Mio. nach neueren realistischen Einschätzungen nur wenig sinken. Besonders kritisch bleibt die Lage im Subsahara-Afrika.

Der in den Industrieländern weit überdurchschnittliche Kalorienverbrauch hat sich weiter erhöht, vor allem ist jedoch durch den weiter angestiegenen Fleischverbrauch die Inanspruchnahme pflanzlicher Ressourcen in den Ländern mit dem höchsten Pro-Kopf-Kalorienverbrauch weiter gewachsen. Rund

40 % der Weltgetreideernte wird als Viehfutter für die Fleischerzeugung eingesetzt (eine Kalorie Tierfleisch erfordert im Durchschnitt fünf pflanzliche Kalorien).
Der steigende Bedarf an pflanzlichen und tierischen Nahrungsmitteln erfordert, die Produktion von Getreide bis 2030 um 1 Mrd. t = 50 % zu erhöhen.

## 2. Ertragssteigerung – Bedingungen, Aussichten und Konflikte

Die Sicherung einer ausreichenden Ernährung der Weltbevölkerung ist ein Problem von Produktion und Verteilung. Dass die Menschheit auch gegenwärtig schon über insgesamt genügend Nahrungsmittel verfügt, stimmt nur statistisch. Es ist eine völlig unrealistische Annahme, dass der hohe Konsum in den reichen Staaten auf den Weltdurchschnitt reduziert werden kann. Auch bei vernünftigerer Lebensweise, die zweifellos notwendig ist, sind die Auswirkungen auf den Gesamtverbrauch nur marginal.
Durch bedeutend steigende Produktion sind abzudecken:

- der Nahrungsbedarf des Bevölkerungszuwachses,
- der erhöhte Nahrungsbedarf der z. Z. Hungernden und Unterernährten,
- der erhöhte Nahrungsbedarf aus wachsender Kaufkraft in den Schwellenländern.

Diese Steigerung der Produktion ist bei im wesentlichen gleichbleibenden Ressourcen zu bewältigen. Intensivierung der Agrarwirtschaft ist folglich unumgänglich, es kann nur noch darum gehen, wo und wie sich dieser Prozess sozial und umweltverträglich realisieren lässt.
Die Erzeugung von Nahrungsgütern ist neben der extraktiven Industrie der Bereich der gesellschaftlichen Produktion, der am stärksten von den Bedingungen der natürlichen Umwelt abhängig ist. Die landwirtschaftliche Produktion wirkt zugleich direkt und sehr nachhaltig sowohl positiv als auch negativ auf die Umweltbedingungen und damit wiederum auch auf die zukünftigen Voraussetzungen der Nahrungsgüterproduktion ein. Hier bestehen besonders starke Rückkopplungen zwischen kurzfristigen Maßnahmen zur maximalen Produktionssteigerung von Nahrungsgütern durch Intensivierung und extensive Ausdehnung agrarisch genutzter Flächen und den langfristigen Wirkungen einer möglichen Übernutzung, die sich insbesondere in Rückgängen der Ertragsfähigkeit äußern. Für die langfristige Ernährungssicherung kommt dem Erhalt und Schutz der für die landwirtschaftliche Produktion benötigten natürlichen Ressourcen - Boden, Wasser, Nutzpflanzen und Nutztiere - sowie der Stabilisierung der Klimabedingungen eine hohe Priorität zu. Die Emission von Schwefeldioxid, Stickoxiden, Ammoniak und Schwermetallen durch Industrie und Verkehr führen zu erheblichen Belastungen landwirtschaftlich genutzten Bodens. Die Reduzierung der Ozonschicht in der Stratosphäre wie auch die Ozonbelastung in der Atmosphäre führen nachweislich zu Ertragsminderungen in der Landwirtschaft. Aus hohen Schadstoffbelastungen der Agrarökosysteme gehen auch starke Gesundheitsgefährdungen für die Menschen aus. Die Nachhaltigkeitserfordernisse verlangen eine besonders enge Kooperation zwischen Landwirtschaft und Umweltschutz.
Die Landwirtschaft verursacht verschiedene Nachhaltigkeitsdefizite. Zu den wichtigsten ökologischen Beeinträchtigungen zählen: die stoffliche Belastung von Boden, Grundwasser, Oberflächengewässern, der Rückgang der Biodiversität und die Freisetzung eutrophierend, versauernd und klimaverändernd wirkender Emissionen. Ein beträchtlicher Teil der Umweltbelastungen ist auf den nicht sach- und standortgerechten Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln und die Massentierhaltung zurückzuführen.
Andererseits erhält die Landwirtschaft wachsende Bedeutung bei der ökologischen Umgestaltung der Gesellschaft. Es handelt sich bei ihr um den einzigen Wirtschaftszweig, der durch die Photosynthese Sonnenenergie in für den Menschen sofort verwertbare Energie umwandelt (Nahrungsmittel, nachwachsende Rohstoffe). Die Land- und Forstwirtschaft ist ein Bereich mit wichtigen Senkenfunktionen. Pflanzen und Boden haben wichtige Filterfunktionen gegenüber Luftschadstoffen. Durch die Produktion von Industriepflanzen kann ein wachsender Anteil zur Schonung nicht regenerativer Rohstoffe geleistet werden.
Der Widerspruch zwischen Überproduktion von Nahrungsgütern in Nordamerika und in der EU und der Unterproduktion von Nahrungsgütern in anderen Teilen der Welt hat sich weiter zugespitzt. Obgleich die Pro-Kopf-Produktion an Nahrungsgütern sowohl in den Industriestaaten als auch in den Entwicklungsländern insgesamt gestiegen ist - von 1950 bis 1990 ist bei einer Verdopplung der Weltbevölkerung die Weltgetreideernte auf das Dreifache gestiegen - haben sich die Ernährungsprobleme und Ungleichgewichte weltweit verschärft. Um die Jahrtausendwende kann sich die Bevölkerung in etwa 36 Staaten nicht aus eigener Kraft ernähren, selbst wenn das landwirtschaftliche Potenzial voll genutzt wird.
Diese Entwicklung droht sich fortzusetzen, denn die weitere Steigerung der Nahrungsgüteproduktion wird immer komplizierter. Laut FAO konnte die Weltgetreideproduktion zwi-

schen 1950 und 1984 infolge von mehr Dünger, Pestiziden, Bewässerung und ertragreicherer Sorten zwar noch um 3 % pro Jahr gesteigert werden. Zwischen 1984 und 1993 waren es aber nur noch weniger als 1 %, was die Pro-Kopf-Verfügbarkeit um 11 % verringerte. Der Fischfang hat sicher seinen Zenit längst überschritten, und die Fleischproduktion kann nach Meinung von FAO-Experten kaum noch gesteigert werden.

Offensichtlich scheint sich die Menschheit bei schon schnellerem eigenen Wachstum den Grenzen des Wachstums der Nahrungsmittelproduktion zu nähern.

Ein entscheidender Teil des Problems Ertragssteigerung ist der Wasserbedarf. Nahezu drei Viertel des verfügbaren Süßwassers in der Welt wird von der Landwirtschaft verbraucht. Bei wachsender Weltbevölkerung müsste dieser Anteil offensichtlich noch gesteigert werden, denn große Flächen z. B. in Afrika, wo sich die Bevölkerung alle 25 Jahre verdoppelt, sind ausgelaugt und bräuchten mehr Wasser. Aber bereits heute ist in vielen Ländern der Erde das Wasser, vor allem Trinkwasser, knapp.

Diese Situation stellt die Nahrungsgüterproduktion also vor enorme Aufgaben. Die Möglichkeit der Ausdehnung der Anbauflächen ist begrenzt, auch unter dem Aspekt, dass jährlich bis zu 7 Mio. ha landwirtschaftlich genutzter Boden und 9 Mio. ha Waldfläche durch Überbauung, Versiegelung, Übernutzung und Erosion verloren gehen.

Ein anderer Weg als die Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion bei ständiger Minimierung der damit verbundenen negativen Auswirkungen auf die Umwelt ist nicht erkennbar.

Das beginnt mit einer standortgerechten Produktion und Bodenbearbeitung sowie der Überwindung der Monokultur und umfasst die breite Nutzung verfügbarer wissenschaftlich-technischer Erkenntnisse und Erfahrungen. Die Agrarforschung ist auf zukunftsträchtige Lösungen für eine nachhaltige Ressourcennutzung bei der Erzeugung hochwertiger Nahrungsmittel und Rohstoffe zu konzentrieren. Bereits heute sind wissenschaftlich-technische Lösungen in der Erprobung, die punktgenau Dünge- und Pflanzenschutzmittel nach Bedarf und Anforderung applizieren. Dadurch könnten die Erträge weiter gesteigert und negative Wirkungen der Intensivierung auf die Umwelt gemindert werden.

Mit einer vor allem intensiven Erweiterung der Produktion von Nahrungsgütern wachsen jedoch zunehmend die ökologischen Probleme und damit die Gefahren, dass eine solche Erweiterung der landwirtschaftlichen Produktion nicht nachhaltig ist, nicht langfristig fortgeführt werden kann. Eine maximale Erweiterung der Produktion von Nahrungsgütern ohne ausreichende Beachtung der Umweltprobleme führt nicht nur zu teilweise irreversiblen Umweltschäden, sondern langfristig auch zu Produktionseinbrüchen.

Ein Gebot für Deutschland ist angesichts der weltweit angespannten Ressourcenlage die optimale Nutzung der günstigen heimischen natürlichen und ökonomischen Produktionsbedingungen. Selbstversorgung mit allen Grundnahrungsmitteln und schrittweise Reduzierung von Futtermittelimporten sowie Exporte hochveredelter Spezialitäten sind ohne größere Probleme zu realisieren. Bedingungen sind die Beibehaltung flächendeckender Landbewirtschaftung, Stabilisierung und vorsichtige Erhöhung des durchschnittlichen Intensitätsniveaus bei Ausgleich der Extreme.

### 3. Gesellschaftliche Hemmnisse für eine gerechte und zukunftsfähige Produktion und Verteilung

Die Ernährung gehört zu den Bereichen der Produktion und des Lebens der Menschen, in denen die gegenseitige Abhängigkeit und Verflechtung zwischen ökologischer Nachhaltigkeit, sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit sowie ökonomischer Effizienz und Rationalität besonders intensiv, vielfältig und zugleich konfliktreich sind. Daraus folgt u. a., dass eine Lösung der Ernährungsprobleme nur unter Beachtung einer zukunftsfähigen Gestaltung dieser Beziehungen erfolgen kann. Eine internationale Umverteilung von Nahrungsgütern, die nicht durch erhöhte eigene Anstrengungen zur Produktionserweiterung in Ländern mit Nahrungsgüterdefiziten ergänzt wird, reproduziert nur die ökonomische Ungleichheit und verfestigt ökonomische, damit auch oft politische Abhängigkeiten. Die Erhöhung des Aufkommens an Nahrungsgütern in den Entwicklungsländern, insbesondere die Erweiterung der Produktion, wird nur dann zu spürbaren Verbesserungen der Ernährungssituation und zur Eindämmung der Unterernährung führen, wenn sie mit Korrekturen in den ungleichen Wirtschaftsbeziehungen und den ungerechten, stark polarisierten Einkommensverhältnissen verbunden wird.

In der Geschichte der Menschheit war Hunger weitgehend auch das Ergebnis insgesamt ungenügender Produktivkraftentwicklung. Das trifft auf die gegenwärtige Situation nicht zu. Dass es noch Hunger und Unterernährung in diesen Dimensionen gibt und nur unzureichende Fortschritte bei deren Überwindung zu verzeichnen sind, hat beim gegenwärtigen Stand von Wissenschaft, Technik und Organi-

sation ausschließlich gesellschaftliche Ursachen:

- Profitgier der internationalen Konzerne, die sich auch internationaler Organisationen wie WTO, IWF u. a. bedienen (z. B. entziehen sie durch Anbau von Monokulturen in Dritte-Welt-Ländern den Menschen dort Möglichkeiten zur Eigenproduktion von Nahrungsmitteln),
- halbfeudale Eigentums- und Ausbeutungsverhältnisse in den Ländern der dritten Welt, Konzentration des Bodeneigentums in den Händen von Großgrundbesitzern,
- verschwenderische, teilweise parasitäre Lebensweise der Eliten der reichen Industrieländer.

Nahrungsgüter sollten so weit wie möglich verbrauchernah produziert werden. Das erfordert ein überdurchschnittliches Wachstum der Agrarproduktion insbesondere zur Eigenversorgung in den Entwicklungs- und Schwellenländern.

Abweichend von den gegenwärtigen neoliberalen Trends wäre es notwendig:

- Agrarexporte der Industriestaaten in Entwicklungsländer zu reduzieren und keinen Missbrauch von Nahrungsmittelhilfe zuzulassen, Subventionen für den Export von Nahrungsgütern der Industriestaaten abzubauen,
- Importe agrarischer Billig-Rohstoffe, die zu lasten der Nahrungsproduktion in den Entwicklungsländern erzeugt werden, zu drosseln und durch Eigenprodukte zu ersetzen (Eiweißfutter, Edelhölzer),
- Entwicklungshilfe für die Schaffung von Produktionsgrundlagen zu konzentrieren und Forschungsergebnisse kostenlos den ärmsten Ländern zur Verfügung zu stellen.

Die Industrieländer sollten Ihre Agrarproduktion verhalten und umweltschonend entwickeln, um sich auf hohem Niveau mindestens selbst zu versorgen. Über den normalen Sortimentsaustausch hinaus sind Exportstrategien kritisch hinsichtlich ihrer Wirkung in den Empfängerländern zu prüfen. Die mittel- und osteuropäischen Länder haben die Voraussetzungen, sich auch bei wieder steigender Kaufkraft selbst zu versorgen bzw. Defizite und Überschüsse auch im bilateralen Handel auszugleichen. Wie in den Entwicklungs- und Schwellenländern wird auch hier der Erhalt der Subsistenzwirtschaft ein wichtiger Bestandteil der Ernährungssicherheit sein.

Ökonomische Entwicklung auf der einen und nachhaltige Sicherung der Ernährung auf der anderen Seite werden jedoch von vielfältigen, oft auch sehr widersprüchlichen Bedingungen politischer, sozialer, kultureller, ökologischer, technologischer und demographischer Art beeinflusst:

**Politische Bedingungen:**

Die Industrienationen tragen durch ihre Politik der Agrarsubventionen, des erschwerten Marktzugangs für landwirtschaftliche Produkte, der Waffenlieferungen, des Abbaus landwirtschaftlicher Entwicklungshilfe, des Verfalls von Weltmarktpreisen für landwirtschaftliche Exportprodukte der Länder der Dritten Welt zur weltweiten Ausbreitung von Hunger und zu den bisher unzureichenden Ergebnissen bei der Bekämpfung des Hungers bei.

In vielen Staaten der Dritten Welt bewirkt das WTO-Abkommen über die Handelsbedingungen für landwirtschaftliche Produkte massive soziale Einschnitte. Hoch subventionierte Lebensmittel aus den Industriestaaten – z. B. wurde im Jahr 2000 Weizen aus der EU zur Hälfte des Produktionspreises nach Kenia exportiert - unterminieren die regionalen Märkte in den ärmeren Länden. Rindfleischexporte gefährden in Namibia die Existenz der Tierzüchter. Die USA exportierten Sojabohnen, die je Tonne mit 193 Dollar subventioniert wurden, nach Indien. Die Preise fielen darauf im Speiseölbereich auf weniger als ein Drittel. Reihenweise schlossen darauf große und kleine Betriebe in der speiseölverarbeitenden Industrie. Bauern, die gegen ihre ruinierte Existenz protestierten, wurden erschossen.

Schon die Liberalisierungsprogramme des Internationalen Währungsfonds in den 80er und 90er Jahren nahmen den meisten Entwicklungsländern die Möglichkeit, ihre landwirtschaftlichen Märkte vor Dumpingimporten zu schützen. Das Agrarabkommen der WTO zementiert diese Entwicklung und will sie unumkehrbar machen. Lokale Bedürfnisse, soziale und ökologische Standards werden so ausgehebelt, die Interessen der Agrar-Multis aber optimal bedient.

Setzen sich die Großkonzerne und ihre Fürsprecher bei der Liberalisierung des Weltagrarmarktes durch, führt das zu dem größten Bauernsterben in der Geschichte der Menschheit. Von den derzeit noch in traditionellen sozialen Strukturen lebenden drei Milliarden Menschen könnten in absehbarer Zeit eine Milliarde entwurzelt werden.

Die kapitalintensive, von Agrarkonzernen bestimmte Landwirtschaft dringt immer tiefer in Regionen vor, in denen die Bauern zwar arm waren, jedoch sich selbst mit Nahrungsmitteln versorgen konnten. Unternehmen wie Monsanto und Cargill treiben den Prozess der Globalisierung in der Landwirtschaft in einem äußerst aggressiven Stil voran, um weltweit die Kontrolle über die Landwirtschaft zu erreichen.

Die PDS fordert, die Entwicklungsländer müssen ihre landwirtschaftlichen Märkte gegen Dumpingpreise der EU und USA schützen können. Die sozial und ökologisch zerstörerischen Exportsubventionen müssen umgehend gestrichen werden. Fairer Handel zwischen „Süd“ und „Nord“ bedarf der Förderung. In 800 Weltläden in Deutschland können Verbraucher schon heute für gerechte Preise sorgen. Die Bundesregierung und die EU müssen auf der internationalen Ebene für die richtigen Rahmenbedingungen sorgen. Grundnahrungsmittel dürfen kein Spielball liberalisierter Handelsregeln der WTO werden.
Seit Anfang der achtziger Jahre werden Strukturanpassungskredite an verschuldete Länder vergeben. Die Auflagen dieser Programme von IWF und Weltbank verlangen unter anderem auch, die Exportproduktion zu steigern. Als Folge geht die Selbstversorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln zurück. Auch soziale Ausgaben müssen die Staaten in dieser Zwangsjacke radikal kürzen. So führte die Streichung von Subventionen für Lebensmittel u. a. in mehreren afrikanischen Staaten, in Indonesien und in weiteren Ländern zu Revolten gegen die Staatspolitik.

**Soziale Bedingungen:**

Sozial-ökonomisch stehen in diesem Zusammenhang insbesondere die Eigentumsverhältnisse an Grund und Boden, die Markt- und ökonomische Machtkonzentration im landwirtschaftlichen Vorleistungssektor, in der Ernährungsindustrie und im Lebensmittelhandel, die Einkommenshöhe und -strukturen der Bevölkerung, der Grad der Polarisierung der Einkommen und die Verwendung der Haushaltsmittel zur Förderung öffentlicher Dienstleistungen sowie der Entwicklung der ländlichen Räume im Vordergrund. In die ländlichen Gebiete, in denen der Hauptteil der Bevölkerung der Länder der Dritten Welt Länder lebt, speziell in landwirtschaftliche Entwicklungsprogramme, wird ein viel zu geringer Anteil öffentlicher Mittel (nur fünf bis zehn Prozent der Haushaltsmittel) investiert. Beträchtliche Verluste der erzeugten Nahrungsgüter treten dadurch ein, dass die Infrastruktur (Transport, Lagerung, Kühlkapazitäten u. a.) für die Verteilung und für die Reservehaltung landwirtschaftlicher Produkte in den Entwicklungsländern größtenteils völlig unzureichend entwickelt sind.
In vielen Entwicklungsländern besteht eine extreme Differenzierung der Einkommen, die zu Luxuskonsum bei wenigen und zu äußerster Armut und Unterernährung bei größeren Bevölkerungsschichten führen.
Die Tatsache, dass große Teile der Landbevölkerung in vielen Entwicklungsländern keinen Grund und Boden besitzen (bis zur Hälfte der Landbevölkerung), und dass das Bodeneigentum hauptsächlich in den Händen weniger Großgrundbesitzer konzentriert ist (in 83 armen Ländern sind vier Fünftel des Landes in Besitz oder unter Kontrolle von nur drei Prozent aller Grundbesitzer) führt dazu, dass die vorhandenen Potenziale für die Ernährung unzureichend oder überhaupt nicht genutzt werden. Die Entwicklung landwirtschaftlicher Genossenschaften könnte zur Lösung der Ernährungsprobleme beitragen.
Besonders der agrarische Vorleistungssektor, von dem die landwirtschaftlichen Produzenten stark abhängig sind, ist durch einen hohen Konzentrationsgrad der Marktanteile gekennzeichnet. Die fünf weltweit führenden Saatgutproduzenten haben einen Weltmarktanteil von 23 % des konventionellen Saatgutes und von fast 100 % des transgenen Saatgutes.

**Kulturelle Bedingungen:**

Ernährungstraditionen und -gewohnheiten spielen eine wesentliche Rolle. Die Aufklärung über gesunde Ernährung und die Bedingungen, ihr gerecht zu werden, müssten wesentlich verstärkt werden. Einher mit der Unterernährung geht ein überhöhter Fleischkonsum und hoher Anteil überernährter Menschen in Industrieländern und in den Oberschichten in Entwicklungsländern. Eine Reduzierung des hohen Fleischkonsums in den Industrieländern kann dazu beitragen, pflanzliche Produkte für das Zurückdrängen der Unterernährung "freizusetzen".

**4. Der Beitrag von Wissenschaft und Technik zur Sicherung der Welternährung**

Die Entwicklung und Anwendung ökologischer Technologien spielen für die Ernährungssicherung - die Produktion, die optimale Verwertung, die Erhaltung/Lagerung und die Verteilung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen - eine Schlüsselrolle. Der Ernährungskomplex zeichnet sich gegenüber anderen Bereichen der gesellschaftlichen Produktion durch einige Besonderheiten in der Wirkung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts auf die Steigerung der Produktivität und Effizienz aus. Im Vordergrund stehen die Erhöhung des Ertragspotenzials der natürlichen Produktionsgrundlagen (Boden, Vieh) bei Sicherung deren langfristiger Erhaltung und Reproduktion und die Verbesserung der Qualität der Nahrungsgüter. Hierbei treten Widersprüche und Konflikte zwischen der Verbesserung der ökonomischen Ergebnisse und den ökologischen Nachhaltigkeitserfordernissen auf. Das Risikopotenzial neuer Technologien, darunter insbesondere der Gentechnik, ist sehr groß, da

durch ihre Anwendung schädliche Auswirkungen auf die Natur, insbesondere die Artenvielfalt, zu einem großen Teil irreversibel und nicht steuerbar sind und da Nahrungsgüter unmittelbar Leben und Gesundheit der Menschen beeinflussen.
Um langfristig die Ernährung des Menschen sichern zu können, muss der Erhalt und Schutz der für die landwirtschaftliche Produktion benötigten abiotischen und biotischen Ressourcen (Boden, Wasser, Nutzpflanzen, Nutztiere) sowie die Stabilisierung der Klimabedingungen hohe Priorität haben. Schadstoffbelastungen der Agrarökosysteme, von denen Gesundheitsgefährdungen für den Menschen ausgehen, sind vorzubeugen. Die gegenwärtige Situation entspricht diesem Ziel nicht. Vor allem in Bezug auf Gewässer-, Luft- und Bodenbelastungen, klimarelevante Emissionen, Primärenergieverbrauch und Abfallaufkommen bestehen erhebliche Nachhaltigkeitsdefizite.
Deshalb sind neue innovative Technologien gefordert wie die Produktion nachwachsender Rohstoffe, die als klimaschonende Energiequellen und umweltfreundliche Grundstoffe für den industriellen Bereich Verwendung finden, und die Biogasnutzung. Innovative Pflanzenschutzmittel und Mineraldünger, molekularbiologische Verfahren zur Diagnose von Krankheiten und Schädlingen, computergestützte Prognosemodelle zur Warnung vor Schadorganismen, neue Verfahren der Applikationstechnik und der Einsatz der Biotechnologie in der Pflanzen- und Tierzucht bieten bei verantwortlicher Nutzung hohe Nachhaltigkeitspotenziale.
Die nachhaltige Landwirtschaft erfordert eine standortgerechte Entwicklung, die darauf zielt, in weitestgehend geschlossenen Kreisläufen bei Schonung und dauerhaftem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen sowie der knappen Ressourcen zu arbeiten. Der Energiebedarf in der Landwirtschaft und im ländlichen Raum ist weitgehend mit Hilfe regenerativer Energiequellen zu decken. Im Sinne einer Kreislaufwirtschaft ist außerdem die möglichst vollständige Rückführung biogener Abfälle und Reststoffe und deren Verwertung innerhalb der Landwirtschaft anzustreben. Der ökologische Landbau entspricht dem Leitbild einer nachhaltigen Landbewirtschaftung am ehesten.
Neben dem ökologischen Landbau sind für die weitere Ökologisierung vor allem hohe Standards mit entsprechenden Sanktionen, Präzisionstechnologien und eine bessere Standortverteilung der Produktion anzustreben.
Zu den Nachhaltigkeitsregeln gehört, dass technische Risiken mit möglicherweise katastrophalen Auswirkungen für Mensch und Umwelt zu vermeiden sind. Leider erfolgt die Beurteilung ihrer Umweltverträglichkeit fast immer noch unter Bedingungen von Unsicherheit und Nichtwissen. Die generelle Aufgabe, technische, das menschliche Leben gefährdende Risiken zu vermeiden, umfasst im wesentlichen drei Aspekte: Minimierung der Eintrittswahrscheinlichkeit, Minimierung des Ausmaßes der potenziellen Schäden, Gewährleistung internationaler Notfallmaßnahmen und -einrichtungen.

## 5. Bevölkerungswachstum versus Sicherung der Welternährung?

Enge Beziehungen gibt es zwischen dem Bevölkerungswachstum und der Sicherung der Ernährungsbasis. Grundsätzlich könnte bei den gegebenen natürlichen Voraussetzungen auch eine wachsende Weltbevölkerung ernährt und die Unterernährung überwunden werden. Dazu bedürfte es jedoch anderer gesellschaftlicher Verhältnisse. Die Probleme bei der Ernährungssicherung für eine wachsende Weltbevölkerung werden durch die kapitalistischen ökonomischen Verhältnisse, die neoliberale Globalisierung und das damit verbundene Diktat der Finanzmärkte und die ungerechte Weltwirtschaftsordnung sowie durch die herrschenden politischen Machtstrukturen noch zugespitzt. Ohne tiefgreifende Veränderungen in den politischen und ökonomischen Strukturen wird die Lösung der Probleme verhindert. Vor allem müssten den Ländern der Dritten Welt ihre Möglichkeiten zur eigenen Ernährungssicherung zurückgegeben und eine gerechte Weltwirtschaftsordnung hergestellt werden. Erforderlich wäre auch eine andere Lebensweise in den Industrieländern, gerichtet auf weniger Verschwendung, weniger Verbrauch und auch andere Eßgewohnheiten.
Unter den gegebenen Verhältnissen erschweren die demographischen Tendenzen, die Konzentration des Bevölkerungszuwachses in den Ländern der Dritten Welt, darunter besonders in Ländern mit überdurchschnittlich hoher Armut und hohen Anteilen unterernährter Menschen, die weltweite Lösung des Ernährungsproblems. In mehreren Ländern der Dritten Welt ist in den letzten Jahrzehnten trotz Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion das Pro-Kopf-Aufkommen an Nahrungsgütern zurückgegangen. In Afrika z. B. ist die Zunahme der Bevölkerung selbst in dürrefreien Zeiten doppelt so hoch wie die der Nahrungsgüterproduktion.
So führt die Nahrungsmittelbeschaffung für die wachsende Bevölkerung zu immer stärkerer Belastungen der Umwelt.
Im Interesse von Mensch und Umwelt ist also zumindest eine Verlangsamung des Bevölkerungszuwachses wünschenswert. Staatliche und gesellschaftliche Maßnahmen der Gebur-

tenkontrolle sind zu unterstützen, sofern sie nicht individuelle Menschenrechte, vor allem das Selbstbestimmungsrecht der Frauen, verletzen. Familien oder Völker mit hoher Geburtenrate dürfen aber nicht diskriminiert werden.

**Literatur**

Das Recht auf Nahrung als entwicklungspolitische Herausforderung, Mit Menschenrechten gegen den Hunger, Entwicklung und ländlicher Raum 1/2000
Deutsche Welthungerhilfe (2001), Hunger - Ausmaß, Verbreitung, Ursachen, Auswege
Erklärung von Rom zur Welternährungssicherheit, Welternährungsgipfel, Rom, 13. - 17. November 1996
Erklärung des Welternährungsgipfels: Fünf Jahre danach - Internationale Allianz gegen Hunger, Welternährungsgipfel: Fünf Jahre danach, FAO-Sitz in Rom, Italien, 10. - 13. Juni 2002
Reinhard Coenen/Armin Grunwald (Hrsg.) (2003), Nachhaltigkeitsprobleme in Deutschland, Analyse und Lösungsstrategien, Berlin
Goldsmith, Edward/ Mander, Jerry (Hrsg.); Schwarzbuch Globalisierung. Eine fatale Entwicklung mit vielen Verlierern und wenigen Gewinnern, München, 2002, darin: Vandana Shiva; Die WTO und die Landwirtschaft in den Entwicklungsländern
Jose Lutzenberger u. a.; Wege aus der Ernährungskrise, Frankfurt a. M., 1999
Sakar, Saral; Die nachhaltige Gesellschaft, Zürich, 2001

## Menschenrechte und Umweltpolitik

***Wolfgang Sachs***

Der Anspruch auf Gleichheit muss keineswegs als das Herzstück von Gerechtigkeit gelten. Vielmehr umschließt das Ideal der Gerechtigkeit auch den Anspruch auf Menschenwürde. Beide Ansprüche haben aber kein identisches Profil, sie unterscheiden sich im Ansatzpunkt und in der Schlussfolgerung. Während die Forderung nach Gleichheit die Relationen zwischen Menschen ins Licht rückt und auf einen Ausgleich von Ungleichheit drängt, geht die Forderung nach Menschenwürde von einem für Menschen absolut notwendigen Standard an Lebensbedingungen aus und verlangt die Erfüllung dieses Standards für alle. Denn Elend und Unterdrückung als solche sind für jeden Menschen schreckliche Zustände, und nicht etwa deswegen, weil es anderen besser geht. Mit anderen Worten, die Verteilungs-Konzeption der Gerechtigkeit fußt auf einem komparativen Denkansatz, der darauf sieht, nach welchen Proportionen Güter/Rechte verteilt sind, die Würde-Konzeption der Gerechtigkeit dagegen fußt auf einem nicht-komparativen Denkansatz, der darauf sieht, dass ein Sockel an Gütern/Rechten gewährleistet ist. Um die bei Gerechtigkeitstheoretikern beliebte kuchenverteilende Mutter zu bemühen: sie handelt im Sinne der Verteilungs-Gerechtigkeit, wenn sie jedem Gast beim Geburtstagsfest ein gleichgroßes oder ein Kuchenstück nach Maßgabe von Alter oder Leistung gibt, aber sie handelt im Sinne der Würde-Gerechtigkeit, wenn sie zuallererst darauf sieht, dass jeder Anwesende ein sättigendes Stück Kuchen bekommt. Gewiss, auch im letzteren Fall wird Gleichheit hergestellt, und zwar auf dem Niveau des sättigenden Anteils, aber Gleichheit ist dabei nicht Ziel, sondern Nebenprodukt der Würde-Gerechtigkeit. Umgekehrt wäre die Gleichheit der Kuchenstücke wenig wert, wenn sie nicht eine Mindestgröße hätten; Würde ist, jenseits einer bestimmten Kuchengröße, ein Nebenprodukt von Verteilungsgerechtigkeit. So lässt sich festhalten: Gleichheit wie auch Würde machen das Ideal der Gerechtigkeit aus, eine Politik der Gerechtigkeit wird Menschenrechtsfragen ebenso wie Verteilungsfragen im Sinne haben.

Es besteht jedoch keine Frage, dass der Sicherung der Menschenrechte eine größere Dringlichkeit zukommt als einer gerechteren Verteilung, insbesondere im Weltmaßstab. Überleben geht vor besser leben. Aufgrund des Unbedingtheitscharakters von Menschenrechten lässt sich deshalb ein Prioritätsprinzip formulieren: die Erfüllung grundlegender Rechte muss Priorität vor allen anderen Aktivitäten haben, gerade auch vor der Erfüllung eigener, nicht-grundlegender Rechte. Auf ökologische Subsistenzrechte angewandt heißt dies, dass die Erfüllung von Rechten auf Lebensunterhalt Priorität haben muss vor der Erfüllung nicht-grundlegender Ressourcenbedürfnisse anderer Akteure. Subsistenzbedürfnisse rangieren vor Luxusbedürfnissen. Diese Formel bezeichnet jene Grundpflicht, die sich für die Institutionen, national wie international, aus der Anerkennung von Subsistenzrechten ergeben. Hält man sich vor Augen, dass Rechtlosigkeit das Resultat eines fortdauernd wirksamen Machtgefälles darstellt, dann wird klar, dass mehr Rechte nur über Verschiebungen im Machtgefüge, vorsichtige oder weitreichende, zu haben

sind. Weil es darauf ankommt, die Schere der Machtbeziehungen ein Stück weit zu schließen, lässt sich von einer dualen Strategie sprechen: es geht einerseits darum, den Spielraum der Machtlosen zu erweitern, und andererseits, die Macht der Wohlhabenden einzuschränken.

Den Spielraum der Machtlosen zu erweitern verlangt, in den Ressourcenkonflikten die Rechte der lokalen Gemeinschaften auf ihre Ressourcen anzuerkennen und zu stärken. Schließlich sind Weiden und Wälder, Felder und Saatgut, Frischwasser und saubere Luft wertvolle Quellen für Nahrung, Gesundheit, Materialien und Medizin. Dies ist der Grund, warum eine Politik der Lebensunterhaltsrechte sich mit dem Interesse an Umweltschutz deckt. Weil intakte Ökosysteme die Verwundbarkeit der Armen mindern, sind Natur- und Umweltschutz Kernstück einer Politik, die Armutsüberwindung ernst nimmt. Und weil umgekehrt wirksame Rechte der Bewohner die beste Gewähr dafür geben, dass die Ressourcen der Armen nicht mehr so leicht zu den Reichen umgelenkt werden, ist eine Politik der Lebensunterhaltsrechte ein Kernstück des Natur- und Artenschutzes. Ökologie und Subsistenzrechte sind so aufs Engste verschränkt. Keine Frage, diese Erfahrung hat zahllose Umweltkonflikte gerade im Süden der Welt befeuert, aber auch zu institutionellen und legislativen Maßnahmen geführt. So haben gerade die indigenen Völker – übrigens etwa 220 Millionen Personen auf der Welt – in letzter Zeit ein Mehr an rechtlicher Anerkennung erkämpft; ihr Anspruch auf das eigene Territorium mitsamt seiner Ressourcen wurde mehrfach in internationalen Rechtswerken bestätigt. Man könnte auch an die Stärkung der Panchayats denken, Formen der Dorfdemokratie in Indien, die auch mit Blick auf die Erhaltung der Ressourcen durchgeführt wurden. Oder an Artikel 8 (j) der Konvention zur biologischen Vielfalt, der die besondere Rolle einheimischer Gemeinschaften beim Schutz der Biodiversität unterstreicht und einen gerechten Vorteilsausgleich bei der Nutzung lokaler Ressourcen durch Außenstehende verlangt. Am überzeugendsten hat bislang vielleicht die World Commission on Dams einen auf Achtung der Menschenrechte gegründeten Ordnungsrahmen für Entscheidungen über große Infrastrukturprojekte vorgeschlagen; sie verabschiedet sich von aggregierten Kosten-/Nutzen-Analysen und fordert Abwägungen, welche die Rechte und Risiken gerade der Machtloseren berücksichtigen.

Die Macht der Wohlhabenden einzuschränken, diese Perspektive kann sich auf Grundprinzipien der Fairness berufen. Dabei muss man nicht an eine Umverteilung zwischen Armen und Reichen denken, sondern daran, was man als die Minimalregel der Gerechtigkeit begreifen kann: Alle Regelungen, national wie international, sind so zu treffen, dass sie nicht die Lage der am wenigsten Begünstigten verschlechtern. Anscheinend eine bescheidene Regel, die es aber dennoch in sich hat. Denn gerade die grenzüberschreitenden, wirtschaftlichen und ökologischen Folgen von Produktionsprozessen, Auslandsinvestitionen, Protektionsmaßnahmen oder finanziellen Transaktionen sind so gewaltig, dass ein solches Prinzip eine erhebliche Prioritätenveränderung in Wirtschaft und Politik auslösen würde. Denn sowohl Investitionsentscheidungen wie multilaterale Politikverhandlungen sind davon geprägt, in der Auseinandersetzung mit Konkurrenten den eigenen Vorteil zu maximieren – ohne großartige Rücksichten auf die Kosten für die am wenigsten Begünstigten, die gewöhnlich auch gar nicht am Tisch der Entscheidungen sitzen. Beispiele sind nicht schwer zu finden. Bei multilateralen Agrarverhandlungen wird um Konkurrenzvorteile zwischen Agrarexportländern gerungen, doch die Lage von Kleinbauern wird ignoriert. Bei Klimaverhandlungen werden Emissionsgrenzen ins Auge gefasst, welche die Wohlfahrtsverluste für Industrieländer minimieren, aber den Verlust von Subsistenzrechten bei Fischern, Bauern und Deltabewohnern in der südlichen Hemisphäre dabei in Kauf nehmen. Völkerrechtlich aber ist es keine Frage, dass die Menschenrechte dem Handels- oder Umweltrecht übergeordnet sind; ihre Beachtung verlangt, die eigenen Vorteile zurückzustellen, sobald durch deren Wahrnehmung die bereits Schwachen noch mehr deklassiert würden.

Und schließlich ist ein Übergang zur Nachhaltigkeit in den wohlhabenden Ökonomien, in den Nordländern wie auch innerhalb der Südländer, auch eine unverzichtbare Voraussetzung, um die Subsistenzrechte gerade jener Menschen zu wahren, deren Lebensunterhalt vom direkten Zugang zur Natur abhängt. Gewiss, auf kürzere Sicht kann der Druck auf lebensdienliche Ökosysteme und lokale Gemeinschaften durch effizientere Rohstoff- und Agrarerzeugung gemildert werden. Auch können lokale Gemeinschaften bei stärkerer Verhandlungsmacht mehr Entschädigung und Gewinnanteile herausschlagen. Doch auf längere Sicht werden sich die Konflikte um Umwelt-Menschenrechte nur entschärfen lassen, wenn die globale Klasse der Hochverbraucher in der Lage ist, ihre Nachfrage nach Naturressourcen zurückzubauen. Erst dann, wenn die Nachfrage nach Öl sinkt, lohnt es nicht mehr, Förderzonen im Urwald zu erschließen, erst wenn der Wasserdurst von Landwirtschaft und

Industrie abklingt, bleibt genügend Grundwasser für Trinkwasserbrunnen in den Dörfern, erst wenn die exzessive Verbrennung fossiler Stoffe eingedämmt ist, sind die Existenzrechte der Armen nicht mehr von der Heimtücke des Klimawandels bedroht. Daraus folgt nichts weniger, als dass ressourcen-leichte Produktions- und Konsummuster in den wohlhabenden Ökonomien die Basis abgeben für eine menschenrechtsfähige Welt-Ressourcenwirtschaft. Denn der statistische Sachverhalt, dass die Minderheit der wohlhabenden Länder den globalen Umweltraum überbeansprucht, wird zur handgreiflichen Wirklichkeit in der sozialen Deklassierung. Weit davon entfernt, nur dem Schutze von Wasserrosen und Walen zu dienen, ist Ökologie die einzige Option, um in einer begrenzten Welt einer wachsenden Anzahl von Menschen Gastfreundschaft anzubieten.

Auszug aus:
Sachs, Wolfgang; Ökologie und Menschenrechte, Wuppertal Paper 131, Wuppertal: Wuppertal Institut, Juni 2003.
(http://www.wupperinst.org/globalisierung)
Buch:
Sachs, Wolfgang; Nach uns die Zukunft. Der globale Konflikt um Gerechtigkeit und Ökologie, 2003.

## Zur Globalisierung

## Vergleich von PDS- und Attac-Programm zur Globalisierung

***G. Brandt***

Die Betrachtung beschränkt sich nur auf denjenigen vergleichbaren Programmteil, der sich mit der Globalisierung, ihren Auswirkungen und den vorgeschlagenen Gegenmaßnahmen befasst. Grundlagen des Vergleichs sind das PDS-Progamm (überarbeiteter Entwurf 2003), das Buch „Attac - was wollen die Globalisierungsgegner“ von Grefe, Greffrath und Schumann, Ausgabe Januar 2003 sowie die Konferenz „Die Umwelt in der Globalisierungsfalle“ in Berlin 2003. Alle in ″Anführungszeichen″ gesetzten Textpassagen sind den zitierten Quellen entnommen.
Die PDS ist eine nationale politische Partei, teils in Opposition, teils in Regierungsverantwortung auf Landesebene. Attac[1] (gegründet am 3.6.1998 in Paris und im November 2000 in Deutschland) ist ‚die erste wirklich internationale’ Sammlungsbewegung (Verein), eine "locker verbundene Koalition aus Umwelt- und Dritte-Welt-Gruppen, Menschenrechtsorganisationen und Gewerkschaften", die "in ihren Reihen alle NGOs und politischen Gruppen (auch Kreisverbände der Jusos und von Bündnis 90-Die Grünen sind Mitglied) vereint“. "Das Herz der meisten Attacis schlägt links", "für Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Chauvinismus und verwandte Ideologien gibt es keinen Platz", "Attac handelt gewaltfrei". Attac versteht sich als "aktionsorientierte Bildungsbewegung" mit "ökonomischen Alphabetisierungskampagnen" und als "Kampfabteilung der NGOs".

**Welche Gründe gibt es, die Programme beider Organisationen zu vergleichen?**

Es gibt vielfältige politische Übereinstimmungen, die zu einer engeren Zusammenarbeit führen könnten. Allerdings will Attac keine formelle Zusammenarbeit mit Parteien. Diese sollen sich den Attac-Zielen anschließen und diese parlamentarisch vertreten und Gesetzesvorlagen einbringen. Die PDS wäre von den politischen Zielstellungen her der erste Ansprechpartner, wenn sie denn wieder (als größere Gruppe – Anm. d. Red.) im Bundestag vertreten wäre.
Der PDS-Blickwinkel kann von nationalen Problemen mehr auf internationale Zusammenhänge gelenkt werden.
In der Attac-Bewegung sind vor allem junge Kräfte aktiv. Diese Komponente ist bei der PDS unterentwickelt, so dass von den Inhalten und dem Arbeitsstil der „Attac-Kampfabteilungen“ gelernt werden kann.
Der Pluralismus der Attac-Bewegung mündet in Aktionen. Bei der PDS mündet er in Zerstrittenheit und damit Lähmung. Die positive Wirkung des Pluralismus hat bei Attac seine Ursache in der Organisation als "aktionsorientierte

[1] attac = association pour la Taxe Tobin pour l’aide aux Citoyens (Aktion für eine Tobin-Steuer zum Nutzen der Bürger)

Bildungsbewegung" und die Beschränkung auf wenige eingängige Grundforderungen.
Aktionen von unten bestimmen bei Attac den Inhalt der Arbeit auf allen Ebenen (Ort, Land, Bund, global), von oben kommt organisatorische Hilfe und Koordinierung. Bei der PDS werden von den Basisgruppen außer beim Wahlkampf kaum Aktionen gestartet. Inhalte werden über die Presse oder sporadisch direkt durch Funktionäre vorgegeben. Die bei den Attacis kultivierte politische Kampfform der Verknüpfung von „Parteilehrjahr“ mit „außerparlamentarischen Aktionen“ könnte für die PDS Vorbild werden: Überzeugung und Aktion als Einheit.
Attac hat kein „Parteiprogramm", das durch einen Parteitag beschlossen wird, sondern die Vordenker von Attac veröffentlichen Ziele der Bewegung, die auf Kongressen die Zustimmung der „Delegierten" der Basisgruppen bekommen, also ein „Akklamationsverein“. Deshalb sind die hier angeführten Ziele auch aus einem Sammelband von 3 Autoren entnommen.
Dennoch gibt es eine Zentrale, die die politische Richtung vorgibt. So wie in 41 Ländern der Welt gibt es auch in Deutschland ein Attac-Bundesbüro in Verden. Attac ist ein Verein mit einem Verwaltungsrat, der einen Präsidenten bestellt. "Schlachten um programmatische Reinheit scheinen bei Attac tatsächlich auszubleiben."

**Vorangestellt wird die Analyse der globalen gesellschaftlichen Verhältnisse.**

Die PDS hat in ihrem Programm im II. Abschnitt "Die gegenwärtige Welt“ in Punkt 1 "Die neoliberale Offensive" ihren Standpunkt dargelegt: "Wesensmerkmale dieser neoliberalen Offensive (des Kapitals) sind Durchkapitalisierung der Gesellschaft und kapitalistische Globalisierung, verstärkte Anwendung undemokratischer Mittel der Regulierung wirtschaftlicher und sozialer Verhältnisse unter Nutzung von WTO, IWF und Weltbank, eine Militarisierung der internationalen Beziehungen sowie die unilaterale Vorherrschaft der USA mit imperialen Zielen.“ "Die Macht wird global in den Händen von international operierenden Konzernen und Finanzzentren konzentriert.“ “ Ein entsprechendes politisches Gegengewicht fehlt dagegen.“ “ Den Ländern der Dritten Welt wurde eine Politik der Marktöffnung für internationale Konzerne, der Deregulierung und Absenkung sozialer Standards aufgezwungen, während ihnen gleichzeitig die westlichen Märkte verschlossen bleiben. Sie verloren weitgehend die Souveränität über die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ihrer Entwicklung.“ “ In der Realität wird die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben, wird die Kluft zwischen Süd und Nord in einem neuen Ausmaß verschärft.“ “Eine Milliarde Menschen lebt in vollständigem Elend. Die Globalisierung hat zu einer beispiellosen sozialen Polarisierung geführt. Der neoliberale Kapitalismus stellt eine Bedrohung der Menschheit dar.“
Die Attac-Bewegung hat sich bereits im Dezember 1997 in einer im Leitartikel der „Le Monde Diplomatique" veröffentlichten Gesellschaftsanalyse festgelegt: "Die Globalisierung des Anlagekapitals schafft universelle Unsicherheit. Sie verhöhnt nationale Grenzen und schwächt die Macht der Staaten, die Demokratie, den Wohlstand und das Glück ihrer Völker zu sichern. Die Globalisierung des Finanzkapitals stellt ihre eigenen Gesetze auf. Sie hat einen separaten übernationalen Staat errichtet, mit einem eigenen Verwaltungsapparat, eigenen Einflussgebieten und eigener Politik: dem Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank, der Organisation für Ökonomische Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und der Welthandelsorganisation (WTO). Diese machtvollen Institutionen singen einstimmig das Lied von den ‚Marktwerten', und die großen Medien der Welt sind ihr getreues Echo. Dieser künstliche Weltstaat ist eine Großmacht ohne gesellschaftliche Grundlage. Er ist allein den Finanzmärkten und den Herren der Fonds und der Multis verantwortlich.“
“Die Globalisierung nach derzeitigem Muster bringt nicht mehr als ein Programm zur Umverteilung von unten nach oben." “Die Spaltung zwischen Arm und Reich erfolgt keineswegs nur zwischen Nord und Süd. Immer offensichtlicher wird, dass der marktradikale Umbau der Weltwirtschaft auch in den Wohlstandsländern eine Mechanik der Ungleichheit in Gang gesetzt hat, die zusehends die Gesellschaften auseinanderreißt." “Quer durch alle alten Industriestaaten öffnete sich die Schere zwischen den Lohneinkommen auf der einem und dem Unternehmens- und Kapitaleinkommen auf der anderen Seite.“ “Erklärtes Ziel der US-Politik ist, möglichst weltweit die staatlichen Versorgungsmonopole zu brechen..." “Mit dem GATS (General Agreement on Trade in Services) soll Gesundheit, Bildung, Trinkwasser, Altersrente privatisiert werden.“
Die Analyse der globalen gesellschaftlichen Verhältnisse deckt sich bei PDS und Attac weitgehend: ***Die Globalisierung in der kapitaldominierten Form wird abgelehnt.***
Beide Organisationen sind aber nicht grundsätzlich gegen eine Globalisierung und auch nicht generell antikapitalistisch. Im Gegenteil, von ‚Westlinken' wird Attac vorgeworfen, die Tobinsteuer würde die Finanzmärkte festigen

und weniger Turbulenzen verursachen, und somit würde Attac den Kapitalismus stärken.
Beide Organisationen sind der Meinung, dass Globalisierung und Kapitalismus gut sein können, wenn das Ziel des Wirtschaftens nicht der Profit wäre. Beide Organisationen wünschen sich also die Quadratur des Kreises. Beide sind der Meinung, dass man das Wirken der kapitalistischen Marktgesetze in demokratisch kontrollierte Regeln und Standards zwängen könnte. Das sollen die Parlamente machen, die nicht einmal bereit sind, durch Einführung der Tobinsteuer den Kapitalismus zu festigen. Der Staat ist längst fest in der Hand der Unternehmer. Beide Organisationen stellen sich nicht das Ziel, die Multis zu verstaatlichen.

**Was steht in den „Programmen“ zur Kapitalismuskritik?**

"Die PDS bejaht die Regulationspotenzen des Marktes, die allerdings durch private Monopolbildung deformiert und untergraben werden.“ “Unternehmertum und Gewinninteresse sind wichtige Bedingungen von Innovation und betriebswirtschaftlicher Effizienz.“ “ Notwendig sind ... ein neuer Typ des wirtschaftlichen Wachstums und des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts.“ Die „Stärkung der Massenkaufkraft auf den Binnenmärkten" wird als "Weg zu einer neuen Art Vollbeschäftigung" angesehen. Der PDS-Vorsitzende Bisky hat "kein Feindbild, was amerikanischen Imperialismus anbelangt", und auch der Wert eines shareholder-value sei "etwas, was wir versuchen zu verstehen" (ND vom 26/27.7.2003).
Die Akzeptanz des Kapitalismus und seiner „Marktwerte“ in einem Programm einer sozialistischen Partei kann verwundern, aber sie deckt sich mit dem Ziel der tonangebenden „Reformer“, die unbedingt auf Landesebene, aber viel mehr noch auf Bundesebene, mitregieren wollen, um die größten Schweinereien des Kapitals abzumildern. Wie das in der Praxis aussieht, kann man in Berlin studieren. Die PDS sichert die Zinsen der Fondsanleger der Berliner Bankgesellschaft auf Kosten der Berliner Bevölkerung.
Die Attac-Bewegung will ebenfalls keine Abschaffung des Kapitalismus, sondern die Korrektur von Fehlentwicklungen. Attac hat aber keine Lobpreisungen des Kapitalismus im Programm wie die PDS. Es gibt Versuche der Medien, Attac in die Ecke der Antikapitalisten zu stellen und zu verteufeln, aber das entbehrt jeder Grundlage.
Marktwirtschaft wird von Attac nur akzeptiert, wenn "freies Unternehmertum mit einem verlässlichen Rechtsrahmen und einem demokratischen, republikanischen Gemeinwesen verknüpft ist. Alle drei Elemente müssen gleichberechtigt sein". Attac kämpft aber gegen "das neue Politbüro der ultraliberalen Internationale ..., dessen Hauptmitglieder die Weltbank, der IWF, die OECD, die WTO und die G7-Gruppe sind".
Bei den beiden Organisationen gibt es also eine weitgehende Übereinstimmung in der Bewertung des kapitalistischen Gesellschaftssystems.

**Welche Korrekturen verlangen nun die beiden Organisationen am globalen kapitalistischen System?**

Attac hat hier zwei Kernsätze als Programm vorgegeben: "Attac lehnt die gegenwärtige Form der Globalisierung, die neoliberal dominiert und nur an Gewinninteressen der Wirtschaft orientiert ist, ab: Die Welt ist keine Ware. Attac setzt sich stattdessen für die Globalisierung von sozialer Gerechtigkeit, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechten, für Demokratie und umweltgerechtes Handeln ein."
Aus diesen beiden Kernsätzen leiten die Attacis 8 Bremsregeln für den Finanzmarkt ab, die gleichzeitig die Auswüchse der Globalisierung bremsen sollen.
"Schließung der Steueroasen und Offshore-Zentren. Keine Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme. Schuldenstreicheung für Entwicklungsländer. Strengere Banken- und Börsenaufsicht, auch für die sog. institutionellen Anleger. Stabilisierung der Wechselkurse zwischen den 3 Hauptwährungen Dollar, EURO, Yen. Demokratische Umgestaltung der internationalen Finanzinstitutionen. Stärkere Besteuerung von Kapitaleinkünften und großen Vermögen. Umfassende Reform des ungerechten Welthandelssystems.
Das Ziel ist, eine demokratische Kontrolle über das Finanzkapital der Spekulanten und Fondsgesellschaften zu erlangen, ohne die Abschaffung des Kapitalismus zu verlangen.
Verbunden wird der Kampf gegen die "ultraliberale Internationale" mit den Forderungen: "Zugang zum Boden, zum Wasser, zum Gesundheitswesen, zur Bildung, zum Wissen, zur Arbeit, zu Bürgerrechten, zu gewerkschaftlichen Rechten, zu demokratischen Rechten, zur Gleichstellung von Männern und Frauen ..."
Um diese Ziele zu erreichen, fordert Attac einen "planetarischen Gesellschaftsvertrag", in dem die gleichmäßige Entwicklung aller Gesellschaften, die Verfügung über globale Güter und ihre nachhaltige Nutzung, die Demokratisierung der Medien und der Bildung, die Entmilitarisierung und die Stellung der souveränen Staaten in der Weltgemeinschaft festgeschrieben wird.

Die Forderungen von Attac gehen damit über die Programmerklärungen der PDS hinaus, die mehr nationale Zielstellungen berücksichtigt.
***Die Attac-Losung "Eine andere Welt ist möglich." steht auch im PDS-Programm.***
Allgemeine Zielstellungen der PDS, wie "die Durchsetzung des Rechts auf Leben für jede und jeden Einzelnen ist ...die elementare Voraussetzung für die Freiheit für alle" werden nicht untersetzt in Forderungen, wie das erreicht werden soll. Ein "Richtungswechsel in der Wirtschaftspolitik hin zu mehr sozialer und ökologischer Effizienz für mehr Gerechtigkeit“ und die “Demokratisierung des Staates, der Wirtschaft und der Gesellschaft“ ist sehr allgemein gehalten.
Konkreter ist da schon die Forderung des "gleichberechtigten Einflusses des Südens und Ostens in der Welthandelsorganisation, dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank, Regulierung der Finanzmärkte, die Einführung von international wirksamen Devisenumsatz- und Kapitalverkehrssteuern und gesicherte Kontrolle großer Kapitalbewegungen". Auch "die umfassende Durchsetzung von Menschenrechten und die Einführung international geltender Standards" decken sich weitgehend mit Attac-Forderungen. Weiterhin fordert die PDS: "Wir wollen eine Steuergerechtigkeit, die die großen Kapitale und Privatvermögen stärker belastet, ihrer Abwanderung in Steueroasen und ihrer spekulativen Anlage entgegenwirkt, durch Vermögenssteuer, gewinnabhängige Körperschaftssteuer, Aufhebung der Steuerfreiheit für den Verkauf von Unternehmensbeteiligungen, Besteuerung von Devisentransaktionen des internationalen Kapitalverkehrs und von Börsengewinnen".
"Die profitbestimmten Produktions- und Lebensweisen bedrohen" die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen mit unumkehrbarer Zerstörung." "Der ökologische Wandel von Produktions- und Lebensweise ist zwingend erforderlich." Die PDS fordert eine "umweltgerechte Verbindung von Globalisierung und Regionalisierung". Auch hier sind die Forderungen von Attac gleichlautend.

**Schlussfolgerungen**

Der Weg des PDS-Parteivorstandes, die PDS kompatibel für das Mitregieren zu machen, führt zum Verlust des Wählervertrauens. Der Einzug in den nächsten Bundestag ist daher mehr als fraglich. Damit geht Attac ein Ansprechpartner und Vertreter von Attac-Forderungen verloren. Immerhin hatten die PDS-Abgeordneten des letzten Bundestages die Tobinsteuer vertreten. Die Lobbyarbeit von Attac wird sich also vor allem auf die Grünen und linken Sozialdemokraten konzentrieren.
Das Potential der etwa 80000 PDS-Mitglieder ist wesentlich größer als das der etwa 30000 Attacis in Deutschland. Aber gegenüber den außerparlamentarischen Aktionen, die Attac organisiert, ist die PDS kaum wirksam. Soweit es in PDS-Basisgruppen noch revolutionären Unternehmensgeist gibt, sollten diese, ebenso wie auch einzelne Juso- und Grünen-Basisgruppen, Attac-Mitglieder werden und als „Kampfabteilungen" mit Attac-Zielen, die sich ja fast hundertprozentig mit den PDS-Zielen decken, tätig werden. Damit können sie den Parteivorstand links überholen.

## Warum man die Globalisierung kritisieren soll – Ein Versuch, etwas theoretische Klarheit in der Verwirrung zu schaffen

***Saral Sarkar***
***(November - Dezember 2002)***

### I. Einleitung

Schon seit einiger Zeit verursacht die Bezeichnung unserer Bewegung etwas Verwirrung: Sind wir eine *Anti*globalisierungsbewegung oder eine globalisierungs*kritische*? Manche neuen Mitstreiter in unserer Bewegung sagen etwas verwundert: Wieso sei die Globalisierung überhaupt schlecht? Es gebe da sicher einige negative Aspekte, die korrigiert werden sollten. Aber es sei doch gut, wenn die Völker der Erde durch Handel und globale Kommunikation wirtschaftlich, kulturell und bei anderen Sachen einander näher kämen.

Als 1997 die Kampagne gegen das damals in Verhandlung befindliche Multilaterale Abkommen über Investitionen (MAI) begann, versuchten wir in Deutschland (damals nannten wir uns "Komitee Widerstand gegen das MAI") mit mehreren NGOs zusammenzuarbeiten, z.B. WEED, German Watch, BUND usw. Auf einem Treffen mit diesen Organisationen merkten wir schon damals, dass es da zwei unterschiedliche Positionen gab. Wir vertraten die Position, dass das MAI als Ganzes abgelehnt werden sollte. Einige andere meinten aber, ein besseres Abkommen müsse her. Ein Teilnehmer drückte sein Argument ungefähr so aus: Investitionen im Ausland seien schon eine Realität. Zur Zeit würden sie durch etwa 1600 bilaterale

Abkommen geregelt. Reiche Industrieländer nötigten bei bilateralen Verhandlungen armen Entwicklungsländern, die insbesondere ausländische Investitionen begehrten, für sie ungünstige Bedingungen auf. Es sei also besser, wenn ein für alle gültiges, für die letztere Gruppe günstiges Investitionsabkommen zustande käme. Die Frage konnte nicht ausdiskutiert werden, musste auch nicht, da ja die Zusammenarbeit gering war. Schon in diesem Anfangsstadium der Bewegung wurde mir klar, dass es nicht nur um die Haltung gegenüber einem multilateralen Investitionsabkommen ging, sondern um viel mehr, nämlich um wirtschaftliche Globalisierung insgesamt - um Investitionsfreiheit, um pro und contra freien Welthandel und darum, ob Wachstum des Welthandels begrüßenswert ist.

Etwa zweieinhalb Jahre später, nach Seattle (also etwa im Januar 2000), wurde in der deutschen Bewegung die Meinung geäußert, die EU müsse aufhören, ihre Bauern vor ausländischer Konkurrenz zu schützen, das sei gegen den Geist des freien Welthandels. Der Dritten Welt entgingen dadurch große Einkommensmöglichkeiten. Schon seit früher wurde ähnliche Kritik gegen die GATT-Bestimmungen zum Schutz der Textilindustrien der entwickelten Industrieländer geäußert. Oxfam, das auch an der Kampagne gegen das MAI beteiligt war, wiederholt heute nur diese Position. Die Grundlage einer solchen Position ist die prinzipielle Bejahung des Wachstums des Welthandels:

"Der Welthandel hat das Potential, ein kräftiger Motor für die Reduzierung der Armut und Förderung des Wirtschaftswachstums zu sein, aber dieses Potential geht ungenutzt verloren. Es ist nicht so, dass der internationale Handel schon an sich den Bedürfnissen und Interessen der Armen entgegensteht. Das ist nicht das Problem, sondern, dass die Bestimmungen, die ihn regeln, zugunsten der Reichen zusammengebastelt wurden." (Oxfam 2002)

In unserer Bewegung gibt es heute niemand, der ganz. freien Welthandel fordert, auch Oxfam nicht. Man fordert faire Regeln dafür, oder man will ihn bewusst so gestalten, dass er der gesamten Menschheit, insbesondere den unterentwickelten Ländern, zugute kommt. Ein ungefährer Konsens ist entstanden: Wir sind gegen neoliberale, konzerngesteuerte wirtschaftliche Globalisierung, und wir sind für Globalisierung von unten. Das alles verlangt nach einer Menge Erläuterung. Vor allem aber bleibt die Frage, ob das Wachstum des Welthandels begrüßenswert ist. In diesem Artikel unternehme ich den Versuch, ein bisschen theoretische Klarheit in der Verwirrung zu schaffen.

## II. Argumente für freien Welthandel. Theorie des komparativen Vorteils

Wenn man in einem Lehrbuch der Volkswirtschaftslehre das Kapitel über die Theorie des internationalen Handels liest, scheint das Plädoyer für freien Welthandel und Wachstum desselben recht überzeugend zu sein. Es macht in der Theorie keinen Unterschied, ob man über Handel zwischen zwei Staaten oder multilateralen Handel, also Welthandel, redet. Es macht auch keinen Unterschied, ob es um Handel zwischen Staaten oder zwischen Regionen desselben Staates geht. Etwaiges Gefälle im Entwicklungsniveau der Handelspartner spielt ebenso wenig eine Rolle. Alle Beteiligten profitieren vom Handel, solange er frei ist, bzw. solange die Regeln fair sind und für alle gleichermaßen gelten. Das ist auch das Argument der Liberalisierer in der WTO, der Weltbank und im IWF. Auf die Kritik, dass die Regeln weder fair noch allgemeingültig sind, erwidern die Liberalisierer mit der Forderung, sie müssen mittel- oder langfristig fair und allgemeingültig gemacht werden. Wenn einer nun gegen die Liberalisierung des Welthandels und dessen Wachstum kämpft, kann man ihm vorwerfen, er wolle, dass sich die gegenwärtige weltweite Wirtschaftskrise verschärfe. Was sagen wir dazu?

Das Argument der Theorie ist wie folgt: Die Region (oder Land) A importiert die Ware X, die sie nicht produzieren kann, von der Region B, die diese Ware produzieren kann, und bezahlt den Import durch den Export der Ware Y, die sie produzieren kann, B aber nicht. Sowohl die Region A als auch die Region B profitieren von dem Handel. Das ist das einfachste und überzeugendste Argument für Handel. (Dieses Argument gilt auch für Individuen, die in derselben Region leben.). Aber was soll man sagen, wenn beide Regionen beide Waren - sowohl X als auch Y - produzieren können? Sollen sie für sich selbst beides produzieren? Nein. Hier kommen die bekannten Vorteile der Spezialisierung (Arbeitsteilung) und Größendegression (economies of scale) als Argument. Jede Region soll sich auf die Ware spezialisieren, die sie kostengünstiger produzieren kann als die andere Region. Auch das ist, wirtschaftlich gesehen, einleuchtend.

Das Argument für (internationalen) Handel wird etwas komplizierter, wenn die Region A in beiden Branchen produktiver ist als die Region B. Die Theorie sagt, dass die Region A sich auch dann auf die Ware Y spezialisieren soll, in der sie eine höhere Produktivität hat. und die andere Ware, nämlich X, von der Region B importieren soll, die ihrerseits die Ware Y von der Region A importieren soll. In der Theorie sagt man dann, die Region A hat in der Branche Y

ihren *komparativen* Vorteil und die Region B in der Branche X.. Bei den Fällen des vorigen Absatzes redet man vom *absoluten* Vorteil.
Ricardo hatte im Jahre 1817 diese Erkenntnis mit einem Beispiel dargelegt, bei dem Portugal und England vom jeweils anderen Tuch respektive Wein importierten, obwohl Portugal bei der Herstellung von beiden Waren produktiver als England war. Hier ist nicht genug Platz für eine ausführliche Darlegung der Theorie. Wer das Argument etwas gründlicher verstehen will, soll in einem Lehrbuch lesen, z. B. in dem von Samuelson und Nordhaus (1989). Ich präsentiere hier nur das von diesen Autoren benutzte Schema (S. 903), in dem sie annehmen, dass nur zwei Länder und nur zwei Produkte im Handel beteiligt sind und dass Arbeitsaufwand der einzige Aufwand in der Produktion ist (in meiner Übersetzung aus dem englischen Original).
Zum besseren Verständnis der Theorie möchte ich hier ein paar Sätze hinzufügen. Der Produktivitätsabstand zwischen den zwei Regionen ist bei den zwei Waren unterschiedlich. Amerikas Produktivitätsüberlegenheit bei Lebensmitteln ist höher (1:3) als bei Kleidung (2:4). Das heißt, Amerika hat bei Lebensmitteln einen *komparativen* Vorteil. Es soll sich also auf Lebensmittelproduktion und -export spezialisieren. Die Produktivitäts*unterlegenheit* von Europa ist niedriger bei Kleidung als bei Lebensmitteln. Das heißt, sein *komparativer* Vorteil im Handel liegt bei Kleidungsproduktion und -export. Die Frage, die hier entsteht, ist, warum die Amerikaner überhaupt Kleidung aus Europa importieren sollen, wo sie auch bei Kleidungsproduktion produktiver sind. Die Antwort liegt in der Annahme, dass die Amerikaner in dem Prozess des Handels und der Spezialisierung Arbeitskräfte aus der Kleidungsproduktion abziehen und sie in die rentablere Lebensmittelproduktion stecken. Die Europäer machen das Umgekehrte. Weil nun die Amerikaner keine Kleidung mehr produzieren, kann Europa seine Kleidung in Amerika verkaufen. Ein anderer Punkt, den wir bei dieser Frage bedenken sollen, ist einer, den wir schon aus der Handelsbeziehung zwischen den Industrieländern und den Entwicklungsländern kennen. Weil (unter anderem) die europäische Produktivität niedriger ist als die amerikanische (so die Annahme in dem Schema), sind auch die europäischen Löhne niedriger als die amerikanischen.

Amerikanischer und europäischer Arbeitsaufwand für Produktion

| Produkt | notwendige Arbeitszeit | |
|---|---|---|
| | In Amerika | In Europa |
| 1 Einheit Lebensmittel<br>1 " Kleidung | 1 Arbeitsstunde<br>2 " | 3 Arbeitsstunden<br>4 " |
| In diesem hypothetischen Beispiel hat Amerika sowohl bei Lebensmitteln als auch bei Kleidung einen niedrigeren Arbeitsaufwand. Amerikanische Arbeitsproduktivität ist 2—bzw. 3mal höher als die von Europa. ... Dennoch lohnt es sich für beide Regionen, miteinander Handel zu treiben | | |

Zumindest die theoretische Beweisführung für die Theorie erscheint als überzeugend. Das bestätigt auch Herman Daly (1990: 209), ein renommierter Ökonom, der die neoliberale Globalisierung und das Wachstum des Welthandels kritisiert. Klar, die Verhältnisse in der realen Weltwirtschaft sind sehr viel komplizierter als dieses theoretische Schema. Aber auch in der realen Weltwirtschaft sind Tausende von sinnvollen Spezialisierungen zu beobachten. um Beispiel importiert Japan Jumbo-Jets aus den USA, obwohl es solche Flugzeuge auch selbst produzieren könnte. Und die USA importieren Kameras aus Japan, obwohl sie selbst diese Geräte produzieren könnten. Die Vorteile der Spezialisierung und des liberalisierten Welthandels und dessen Wachstums können also nicht geleugnet werden. Das gilt nicht nur für das kapitalistische System. Auch im ehemaligen "sozialistischen" RGW-Block funktionierten die Planwirtschaften der einzelnen Länder arbeitsteilig.
Es liegt auch auf der Hand, dass Versuche, bestimmte nationale Industrien durch Zollmauern und andere Maßnahmen zu schützen, den Prozess der Arbeitsteilung (Spezialisierung) unter den verschiedenen Volkswirtschaften beeinträchtigen und folglich die daraus entstehenden Vorteile der Größendegression (economies of scale) schmälern. Wenn z.B. US-Industrielle versuchen würden, Kameras in Amerika zu produzieren und der Staat sie mittels erhöhter Zölle im heimischen Markt schützen würde, würden sowohl die japanische als auch die amerikanische Kamera-Industrie kleinere Serien produzieren können mit der Folge, dass sich die Produktionskosten erhöhen würden. Außerdem würde Japan Vergeltung üben. Die gesamte Weltproduktion würde dadurch einen Rückgang erfahren.

Diese Erfahrung hat die Weltwirtschaft schon in den 1930er Jahren gemacht. Während der Großen Depression (1929-1933) versuchten die meisten Industrieländer, ihre eigenen Industrien zu fördern bzw. zu schützen, indem sie ihre Währungen durch Abschaffung des Goldstandards abwerteten oder deren Abwertung auf dem Devisenmarkt zuließen. Bekanntlich fördert die Abwertung der Währung eines Landes den Export und drosselt den Import. Das war eine verallgemeinerte Form von Protektion. Aber es gab auch den offenen, partikulären Protektionismus durch Erhebung oder Erhöhung von Zöllen. Da aber jedes Industrieland mit den gleichen Methoden dasselbe zu erreichen versuchte, gab es keinen Gewinner, sondern nur Verlierer. Diese Politik vertiefte nur die Depression (Siehe Galbraith 1995, 127-128). Wenn also heute Establishment-Ökonomen sagen, der Welthandel müsse liberalisiert werden, damit er wachse, sonst verschärfe sich die gegenwärtige weltweite Krise, hat das eine gewisse Berechtigung.
Warum kritisieren wir denn überhaupt die Liberalisierung der wirtschaftlichen Globalisierung, zumindest viele von uns? Warum verwarfen in der Geschichte viele Länder - auch nach der Formulierung der Theorie des komparativen Vorteils und selbst nach der schlimmen Erfahrung mit der Depression der 1930er Jahre - das Prinzip des Freihandels und versuchten, sich umfassend zu industrialisieren, statt sich zu spezialisieren?

## III. Die Annahmen der Theorie und die Wirklichkeit

Die Antwort auf diese Fragen liegt zum Teil in der Sphäre der politischen und zum Teil in der Sphäre der wirtschaftlichen Wirklichkeit.
Eine Theorie kann nur richtig sein, wenn und soweit die ihr zugrunde liegenden Annahmen stimmen. Das ist hier nicht oder nur begrenzt der Fall. Zwar muss eine Theorie von konkreten Einzel- und Ausnahmefällen abstrahieren. Sonst ist keine Theoriebildung möglich. Wenn sie aber sozusagen von dem Regelfall abstrahiert, dann ist ihre Überzeugungskraft gering.

### Die politische Wirklichkeit

In der Theorie des internationalen Handels wird angenommen, dass alle Beteiligten gleichberechtigt sind, dass sie freiwillig daran teilnehmen und dass sie nur durch fairen Handel reich werden wollen. Die Möglichkeit und die historische Realität, dass mächtige, imperialistische Länder militärisch und/oder wirtschaftlich andere, insbesondere schwache und wirtschaftlich unterentwickelte Länder (oder zumindest ihre Märkte) erobern bzw. kontrollieren, um dann durch koloniale oder halbkoloniale Herrschaft ihre natürlichen Reichtümer und Arbeitsprodukte quasi plündern zu können, wird in der Theorie nicht berücksichtigt. Das aber war bzw. ist immer noch (oder wieder) ein Großteil der Wirklichkeit. Vor diesem (historischen) Hintergrund sind die Entstehung des Nationalismus und der Wille zur politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit und selbständigen Entwicklung verständlich, sogar rational. Angesichts der Wichtigkeit der Nahrungssicherheit und angesichts der Tatsache, dass die USA in vergangenen Jahrzehnten Weizenlieferungen als eine politische Waffe, als ein Erpressungsmittel, benutzt haben, ist insbesondere eine Landwirtschaftspolitik des "Food First", d. h. weitest gehender Selbstversorgung, sehr wichtig, und zwar für alle Länder, inklusive der EU (vgl. Shiva 2002, und Bové und Dufour 2001).
In der heutigen Welt geschieht die Eroberung der schwachen Länder, d. h. ihrer Märkte und Ressourcen, hauptsächlich durch die transnationalen Konzerne (TNK) der mächtigen und großen Industrieländer. Einsatz der Militärs direkt zu diesem Zweck ist nur selten nötig, denn die TNKs und ihre Heimatländer besitzen genügende Erpressungsmittel im Bereich der Wirtschaft und des Handels.
Dass protektionistische Maßnahmen die Große Depression der 1930er Jahre verschlimmerten, ist oben erwähnt worden und als Argument gegen solche Maßnahmen überzeugend. Aber bei der Diskussion über diesen Punkt darf man nicht vergessen, dass in den 1930er Jahren (und auch danach) diese Diskussion sich auf Länder von Europa und Nordamerika beschränkte, die schon industrialisiert waren und die nicht unter den Problemen litten, unter denen heute die Schwellen- bzw. unterentwickelten Länder leiden, nämlich unter Wirtschaftskolonialismus. Dennoch kann man heute auch in den hoch entwickelten Industrieländern politische Verhältnisse feststellen, die sich in einem etwas anderen Sinne kolonialistisch ausnehmen. Zwar nicht fremde politische Mächte, aber doch das globale Kartell der transnationalen Konzerne - vertreten durch ihre Verbände wie die International Chamber of Commerce (ICC), ihre Freunde in den Regierungen, ihre Lobbyisten usw. und mittels multilateraler Verträge wie der WTO und NAFTA - diktieren faktisch den Volksvertretern dieser Länder, wie die Wirtschafts- und andere relevanten Politiken sein sollen. Diese faktische Aushebelung der Demokratie und Souveränität ist Grund genug für viele Menschen in den Industrieländern, sich der neoliberalen, wirtschaftlichen Globalisierung zu widersetzen.
Die Lehrbuchautoren beweisen die logische Richtigkeit der Theorie unter der Annahme,

dass die Politik im Handel keine Rolle spielt. Aber politisch motivierte Embargos, Boykotts, Präferenzen und andere Maßnahmen spielen regelmäßig eine nicht zu vernachlässigende Rolle im internationalen Handel.

**Die wirtschaftliche Wirklichkeit**

Auch Lehrbuch-Autoren haben eine große Diskrepanz zwischen den Annahmen der Theorie und der wirtschaftlichen Wirklichkeit festgestellt und deswegen die Gültigkeit der eleganten Theorie des komparativen Vorteils relativiert. Die Theorie nimmt - wie im allgemeinen die gesamte, alte klassische Wirtschaftstheorie - reibungslos funktionierende Volkswirtschaften an, in denen sich Preise und Löhne schnell der Marktlage anpassen und in denen es keine unfreiwillige Arbeitslosigkeit geben kann. Sie nehmen mittel- bis längerfristige Vollauslastung von allen Kapazitäten an, nicht nur von Arbeitskraft, sondern auch von Kapital. Nicht nur Ökonomen, sondern auch Laien wissen, dass diese Annahmen weltfremd sind. Es gibt in kapitalistischen Wirtschaften sowohl konjunkturelle als auch strukturelle Arbeitslosigkeit. Und konjunkturelle Auf- und Abschwünge und Perioden von Stagnation und Depression gehören einfach zum kapitalistischen Wirtschaftssystem. Wenn die Führer eines Landes Massenarbeitslosigkeit nicht einfach hinnehmen wollen, dann müssen sie auf einige Vorteile des freien Welthandels verzichten und auch in den Branchen der Wirtschaft Arbeitsplätze zu schaffen oder zu verteidigen versuchen, in denen ihr Land einen komparativen Nachteil hat. Um diese Branchen vor dem Ruin zu schützen, müssen sie halt Zoll- und andere Mauern errichten.

Es gibt zudem keine Garantie, dass die Arbeitslosen der Branchen, die wegen ihres komparativen Nachteils auf dem Weltmarkt aufgegeben würden, in den Branchen Arbeit finden würden, die wegen ihres komparativen Vorteils florieren würden. Das ist aber eine grundlegende Annahme der klassischen Theorie des freien Welthandels. Sie ist erstens deswegen falsch, weil Arbeiter nicht bloß abstrakte Arbeitskräfte sind, die beliebig angelernt und hin und her geschoben werden können, sondern Menschen. Aus einem ruinierten älteren Bauern z. B. einen Stahlkocher zu machen, ist nicht nur äußerst schwer, sondern auch ein unmenschliches Unterfangen. Die Ignorierung der menschlichen Dimension ist allerdings ein fester Bestandteil der Rationalität des gesamten Kapitalistischen Wirtschaftssystems, nicht allein der klassischen Wirtschaftstheorie. Nur ein ins Wirtschaftsgeschehen intervenierender Staat, der auch ein Wohlfahrtsstaat sein musste, und die Gewerkschaften haben geschichtlich die Gesellschaft einigermaßen vor der brutalen Rationalität des Kapitalismus gerettet.

Zweitens kann es bei unaufhörlich fortschreitender Automation in der Industrie und Mechanisierung in der Landwirtschaft nicht einmal die volle Ausnützung aller komparativen Vorteile eines Landes schaffen, den säkularen Trend zur steigenden Arbeitslosigkeit zu brechen. Die Annahme der Theorie, dass die Ressource Arbeitskraft knapp ist, so dass in Amerika in dem obigen schematischen Beispiel für die spezialisierungsbedingte Expansion der Lebensmittelbranche Arbeitskräfte aus der Kleidungsbranche abgezogen werden müssen, ist also schlicht falsch. Hinzu kommt, dass in den meisten Ländern der Welt – demographisch oder immigrationsbedingt - die Bevölkerungszahl wächst. Die Wachstumsraten der Wirtschaft, die heute notwendig wären, Vollbeschäftigung zu erreichen, sind nicht mehr erreichbar - aus Gründen, die ich an anderer Stelle dargelegt habe (siehe Sarkar 2001).

Zumindest in der Lehrbuch-Darlegung der Theorie des komparativen Vorteils, die ich gelesen habe, wird einfachheitshalber angenommen, dass der Transport der Güter nichts kostet. Wie gerechtfertigt ist diese Annahme? Zwar sind zur Zeit wegen der niedrigen Energiepreise die Kosten von Transport von Gütern über lange Strecken eine unbedeutende Größe. Die Energiepreise werden aber langfristig unweigerlich steigen. Möglichst viel, insbesondere lebenswichtige Güter, im eigenen Land mit eigenen Ressourcen zu produzieren statt zu importieren, wird dann nicht nur vom politischen, sondern auch vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus betrachtet rational erscheinen.

Das theoretische Modell des freien internationalen Handels sagt uns eigentlich nur, dass alle beteiligten Händler davon profitieren und dass das Gesamtprodukt der in dem vereinigten Markt erfassten Region wächst. Es garantiert nicht, dass das Gesamtprodukt von jedem der beteiligten Länder wachsen wird. Denn das gewachsene Gesamtprodukt der Region kann sehr ungleich verteilt werden. Die bisherige Erfahrung mit dem Welthandel zeigt, dass die Industrieländer den Löwenanteil des gewachsenen Gesamtprodukts an sich reißen können. Dank ihrer Macht an den internationalen Waren- und Rohstoffbörsen der Welt können sie durch Manipulationen die Preise der meisten Produkte der Entwicklungsländer herabdrücken. Das Modell garantiert auch nicht, dass die Länder A und B nicht versuchen würden, auf Kosten der anderen Mitgliedsländer des vereinigten Marktes gegenseitig vorteilhafte Geschäfte zu machen (Daly und Cobb Jr. 1990, 211). Unter diesen Umständen ist Spe-

zialisierung auf ein (oder einige wenige) Produkt(e) - Kaffe, Kakao oder Tee – schlechte Geschäftspolitik. Eher Diversifikation ist ratsam.
Diese Kritik von Daly und Cobb Jr. ist richtig. Aber sie sollte an das gesamte kapitalistische System gerichtet werden. Ein Teil des Systems, nämlich freier internationaler Handel, kann nicht grundsätzlich anders sein als das gesamte System. Ungleiche Verteilung des zunehmenden Gesamtprodukts unter den Regionen findet auch innerhalb von nationalen Grenzen statt. Auch innerhalb von Deutschland gibt es keine Garantie, dass das Gesamtprodukt von z. B. Brandenburg wachsen wird, wenn das von Deutschland wächst.
Es ist auch nicht richtig, dass das Modell nur den Händlern Vorteile verspricht. Es verspricht zumindest auch denjenigen Vorteile, die nach der Öffnung des Marktes ihren Job nicht verloren haben. Denn es ist unbestreitbar, dass die Preise und/oder Qualitäten der importierten Waren, die die gleichen einheimischen Produkte verdrängt haben, niedriger bzw. besser sind als die der letzteren, was zum erhöhten Realeinkommen führt. Die Richtigkeit dieser Behauptung der Theorie kann jeder in einem deutschen Kaufhaus feststellen.
Eine sehr bekannte Behauptung der Protagonisten des freien Welthandels ist allerdings falsch, nämlich die, die sich in dem bildlichen Spruch ausdrückt: "Wenn die Flut steigt, steigen alle Boote". Zahlreiche Armutsberichte in verschiedenen Ländern belegen, dass viele Menschen ärmer werden, während das Gesamtprodukt des Landes und der Welt wachsen. Das Bild ist schlicht falsch; Menschen leben auf dem Land. Auch das andere Bild mit Wasser ist falsch, das von dem durchsickernden, wachsenden Reichtum {*trickle-down effekt*). Das ist aber eine Kritik, die, wie schon oben bemerkt, das gesamte kapitalistische System trifft. Eine überzeugende Kritik speziell an freiem Welthandel und dessen Wachstum besteht in einer anderen Sphäre, die ich weiter unten behandle.
Ein anderer Kritikpunkt: Daly und Cobb Jr. (1990, 213 ff) weisen darauf hin, dass Ricardo, als er seine Theorie des komparativen Vorteils formulierte, von der internationalen Immobilität des Kapitals (bei hoher Mobilität von Gütern) ausging. Er sprach von "der Schwierigkeit, die das Kapital bei seiner Suche nach profitableren Investitionsmöglichkeiten hat, sich von einem Land ins andere zu bewegen" (zit. nach ibidem). Das ist genau der Grund dafür, dass komparative Vorteile existierten und internationaler Handel auf deren Grundlage sinnvoll war. Mit Bezugnahme auf das berühmte Beispiel von Ricardo erläutern Daly und Cobb Jr. das Argument wie folgt:
"... wenn das Kapital ungehindert über nationale Grenzen fließen könnte, wäre die Situation international genau so wie in einem einzigen Land. Englisches Kapital würde nach Portugal fließen, um portugiesisches Kapital zu ergänzen, und sowohl Wein als auch Tuch würde dort produziert. Wenn sich auch Arbeiter ungehindert über nationale Grenzen bewegen könnten, gingen auch englische Arbeiter nach Portugal, denn in England gäbe es [für sie] keine Arbeit." (ibidem, S. 213-214)
In der heutigen Welt kann das Kapital ungehindert über die nationalen Grenzen fließen, Arbeiter aber dürfen oder wollen das in den meisten Fällen nicht. Der freie Fluss von Kapital und Gütern hat zur Folge, dass Investitionen durch absolute Rentabilität entschieden werden, nicht durch komparative Vorteile.
Ein Teil unserer Bewegung, z. B. der Protest der von Arbeitslosigkeit bedrohten US-amerikanischen Arbeiter gegen die Verlagerung von Produktion von den USA nach Mexiko, ist eben durch diese Freizügigkeit des Kapitals verursacht. Ricardo konnte 1817 nicht einfallen, diese damals hypothetische Situation durchzudenken. Wir können es aber heute. Wir können nicht sagen, dass die Freizügigkeit des Kapitals ein eindeutiges Übel ist. Daly und Cobb Jr. haben im obigen Zitat von Ergänzung des einheimischen Kapitals durch einwanderndes ausländisches Kapital gesprochen. Für kapitalarme Entwicklungsländer und ihre Massen von Arbeitslosen ist eine solche Ergänzung willkommen. Das einzige Negative dabei ist, dass der Gewinn nicht im Lande bleibt. Hier sehen wir einen Interessengegensatz zwischen den Arbeiterklassen der entwickelten und unterentwickelten Länder. Es gibt aber Standortkonkurrenz auch unter Industrieländern. Ungebundenes Kapital fließt auch von einem Industrieland in ein anderes sowie von einem unterentwickelten Land in ein anderes. Die Existenz oder das Fehlen von starken Gewerkschaften, aber auch andere kleine Vor- oder Nachteile genügen als Anreiz dazu. Die Anarchie und die Krisenanfälligkeit des kapitalistischen Systems werden dadurch gesteigert, insbesondere durch vagabundierendes, spekulatives Kapital.
Was aber durch die Freizügigkeit des Kapitals auch geschieht ist, dass in bestimmten Branchen das einheimische Kleinkapital von starkem transnationalem Kapital von dem Markt verdrängt wird - z. B. einheimische Imbissbuden durch die McDonalds-Kette oder Bauern durch transnationale Agribusiness-Konzeme. In der Welt als Ganzes ist heute, im Gegensatz zu der Annahme von Ricardo und den Lehrbuchautoren, die Ressource Kapital (sowie Ar-

beitskraft, wie oben gezeigt) nicht begrenzt. Solche Verdrängungen geschehen auch durch internationalen Handel in Gütern. Lokale Hersteller einer Ware können durch Billigimporte aus dem Markt verdrängt werden. Viehzüchter in der Sahel-Zone von Afrika wurden z. B. durch den Import von durch Subventionen verbilligtem Fleisch aus der EU ruiniert. Die Konsumenten in der Sahel-Zone haben natürlich das billigere Fleisch gekauft. Das Problem bei unserer Kritik an solchen Importen war und ist die Frage, warum die Konsumenten nicht die billigere Ware genießen dürfen. In einer ähnlichen Situation werden die Bauern – insbesondere kleinere und Mittelbauern - in der EU sein, sollten die Politiker den EU-Agrarmarkt ganz öffnen. Dem gleichen Problem standen US-amerikanische Stahlarbeiter gegenüber, die zu Tausenden ihren Job verloren, weil Stahlverbraucher in den USA (z. B. im Hausbau) zollfrei importierten Stahl zu niedrigeren Preisen erstehen konnten als US-Stahl. Der gegenwärtig bei der WTO angefochtene Versuch der US-Regierung, die US-amerikanische Stahlindustrie durch (höhere) Zölle zu schützen, hat den Verlust von Stahl-Arbeitsplätzen in anderen Ländern zur Folge, z. B. in Südkorea.

Wir sehen, die Gemengelage der widersprüchlichen Interessen der uns nahestehenden Bevölkerungsgruppen macht uns das Leben schwer. Das ist auch ein Grund für die Auseinandersetzung zwischen Oxfam und Vandana Shiva. Es genügt nicht, dass wir alle (so unser Minimalkonsens) die TNKs hart kritisieren, die Kontrolle des internationalen Finanzmarktes fordern usw.

**Das Nachhaltigkeits- (oder Zukunftsfähigkeits)kriterium**

Dass die Wirtschaft jedes Landes, ja der ganzen Welt, nachhaltig sein müsste, ist, was die Zukunftsperspektive betrifft, inzwischen auch ein Minimalkonsens grundsätzlicher Bedeutung, ein Basisprinzip unserer politischen Arbeit. Bei der Interpretation des Begriffs gibt es aber große Differenzen, und das eigentlich ist die tiefere Ursache der anderen Hauptdifferenzen, die sich beispielhaft in der Auseinandersetzung zwischen Oxfam und Shiva manifestieren.

Oxfam sagt in dem folgenden Zitat, was es unter Nachhaltigkeit (Zukunftsfähigkeit) versteht:

"Das bestehende Welthandelssystem kann man nicht verteidigen, und es ist nicht zukunftsfähig (unsustainable). Keine zivilisierte Gemeinschaft sollte bereit sein, die Extreme von Wohlstand und Armut zu tolerieren, die die herrschende Handelspraxis erzeugt. Große Teile der Entwicklungsländer werden zu Enklaven von Verzweiflung, die zunehmend marginalisiert und von dem wachsenden Reichtum ausgeschlossen werden, der durch den Handel zustande kommt. Geteilte Prosperität kann nicht auf einer solchen Grundlage aufgebaut werden. Genau wie die wirtschaftlichen Kräfte, die die Globalisierung vorantreiben, werden auch die Wut und sozialen Spannungen, die die Ungleichverteilung von Reichtum und Chancen begleiten, keine nationalen Grenzen respektieren. Die Instabilität, die sie hervorbringen werden, bedroht uns alle. In der globalisierten Welt von heute ist unser Leben mehr als je zuvor unlösbar verknüpft mit denen von anderen. Das gilt auch für unseren Wohlstand. Als globale Gemeinschaft werden wir zusammen schwimmen oder zusammen untergehen." (Oxfam 2002)

Für Shiva (2002) aber bedeutet Nachhaltigkeit etwas ganz Entgegengesetztes. Während Oxfam den wachsenden Reichtum, der durch den Handel zustande kommt, begrüßt und nur die kommende Instabilität und die Wut und Verzweiflung der Armen fürchtet, die den Wohlstand der Reichen bedrohen, ist Shiva um die ökologische Nachhaltigkeit der Entwicklungsländer und um die Sicherung eines bescheidenen Lebensunterhalts für die Armen besorgt. Sie hat sich offensichtlich die Hoffnung abgeschminkt, dass in ihrem Land Indien die Mehrheit der Bevölkerung je den Wohlstand erreichen würde, von dem Oxfam redet. Darum sieht sie in dem Prozess des Exports von Rindfleisch aus Indien den Verlust von einer wertvollen Quelle von Energie und Düngemittel, die die Tiere liefern würden, würden sie nicht geschlachtet. (Es ist nicht klar, ob sie etwas dagegen hätte, wenn nur Rinder geschlachtet würden, die weder Energie als Zugtier noch Milch mehr liefern können.). Sie schreibt auch von der riesigen Summe von Devisenausgaben, die sich Indien hätte ersparen können (durch unterlassenen Import von Kunstdünger und fossiler Energie, nehme ich an), wenn es die Tiere hätte länger leben lassen.

Shiva hat die Grenzen des Wachstums als eine Tatsache akzeptiert - nicht nur in bezug auf die Kapazität der Natur, die von Menschen verursachte Degradation der Umwelt zu absorbieren, sondern auch in bezug auf die Verfügbarkeit von Ressourcen. Sie schreibt:

"Da Agrarhandel auf Land, Wasser und Biodiversität beruht und da verfügbares Land und Wasser begrenzt sind, zweigt die exportorientierte Agrarpolitik Land und Wasser von der Produktion von Grundnahrungsmitteln für lokalen Verbrauch ab. Die Schwerpunktsetzung auf Export verschiebt den Gebrauch der Naturressourcen der armen Länder hin zur

Produktion von Luxusartikeln für reiche Konsumenten in reichen Ländern, und zwar zu geringen Kosten. Sie bewirkt, dass die Kontrolle über die Ressourcen aus den Händen von kleinen Bauern und Fischern und in die Hände der Agribusiness-Konzeme gerät. Sie zerstört die natürliche Ressourcenbasis durch nichtnachhaltigen Verbrauch, zerstört in dem Prozess die Lebensgrundlage von Kleinproduzenten und erzeugt Armut, anstatt sie zu beseitigen." (Shiva 2002)
Der gesamte Bericht von Oxfam liegt mir nicht vor. Ich kann mir aber auf der Grundlage meines Wissens über die Nachhaltigkeitsdiskussion vorstellen, dass Oxfam durchaus an Umweltschutz und das Ressourcenproblem denkt und dass es trotzdem, wie viele andere Menschen und Gruppen, nachhaltiges Wirtschaftswachstum für möglich hält. Dann kann es überhaupt kein Problem haben mit seiner in dem genannten Bericht enthaltenen Position.
An anderer Stelle habe ich ausführlich dargelegt, warum ich nachhaltiges Wirtschaftswachstum für einen schwarzen Schimmel halte (Sarkar 2001). Wie Shiva schreibt, haben wir hier einen Konflikt zwischen zwei entgegengesetzten Paradigmen: dem Wachstumsparadigma und dem Grenzen-des-Wachstums-Paradigma. Wenn es stimmt, dass es Grenzen des Wachstums gibt, dass nachhaltiges Wirtschaftswachstum nicht möglich ist und dass in den meisten Entwicklungsländern die natürlichen Ressourcen schon knapp geworden und die Umweltzerstörung sehr fortgeschritten sind, dann würde eine Politik, mehr aus diesen Ländern in die reichen Industrieländer zu importieren, bedeuten, dass die Industrieländer Nachhaltigkeit aus den Entwicklungsländern importieren, um den Preis der Unnachhaltigkeit dieser Länder (Pearce et al. 1989: 45). Unter neokolonialistischen Verhältnissen könnte man das auch Plündern nennen. Die großen und Mittelbauern, die ihre Produkte nach Europa und Amerika exportieren würden, würden sicher reicher werden. Aber Oxfam will doch die Armut der Armen beseitigen. Oder?
Einige Ziele von Oxfam sind sehr unterstützenswert als Zwischenschritte. Wer kann dagegen sein, dass der Welthandel ein bisschen fair gestaltet wird, obwohl es nicht klar ist, wie das unter den gegebenen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen zu erreichen ist. Aber wird alles in Ordnung sein, wenn der Welthandel fair gemacht ist? Selbst mit fairem Welthandel werden die Degradation der Umwelt und die Erschöpfung der Ressourcen weitergehen.
Shiva macht aber einen Fehler in ihrer Argumentation: Ein Entwicklungsland braucht nicht unbedingt die Export-Orientierung in der Wirtschaftspolitik, um seine Umwelt zu degradieren und seine Armen noch ärmer zu machen. Das kann auch das Ergebnis einer binnenmarktorientierten Wirtschaftspolitik sein, wenn an der Schwelle zu Grenzen des Wachstums auf Teufel komm raus Wirtschaftswachstum betrieben wird und wenn die Herrschenden die einheimischen Reichen und Mittelschichtsbürger auf Kosten der einheimischen Armen noch reicher machen wollen. Dann spielt aus der Sicht der Armen die nationale Grenze keine große Rolle. Eine protektionistische Politik könnte dann nur im Interesse der reichen und mittleren Unternehmer sein (z. B. im Interesse der Viehzüchter in der Sahel-Zone). So gesehen, ist die Binnenwirtschaftspolitik eines Regimes mindestens genau so wichtig wie seine Außenwirtschaftspolitik und die Politik der WTO, des IWF und der Weltbank.
Eine Unklarheit in dem Papier von Oxfam kann auch wohlwollend interpretiert werden.
Oxfam schreibt:

"Wenn Afrika, Ostasien, Südasien und Lateinamerika ihren jeweiligen Anteil am Weltexport nur um 1 Prozent erhöhen könnten, könnte der daraus entstehende Gewinn 128 Millionen Menschen von Armut befreien. Allein in Afrika würde dies ein Einkommen in Höhe von 70 Milliarden US$ scharfen ..." (Oxfam 2002)

Hier ist nicht gesagt worden, dass diese Entwicklungskontinente unbedingt Lebensmittel oder Naturressourcen exportieren sollen. Wie wir wissen, exportieren viele Länder dieser Kontinente auch Industrieprodukte, sogar Hightech-Produkte wie Computer-Software. Wenn sie mehr Industrie- und Hightech-Produkte exportieren könnten und weniger Lebensmittel und Naturressourcen, dann würden sie dadurch mehr Arbeitsplätze und Einkommen schaffen und in dem Prozess weniger Umweltdegradation pro Dollar Export verursachen. (Wieviel Gewinn daraus resultieren würde, ist aber abhängig von den *Terms of trade*). Aus globaler Sicht allerdings löst das das Umwelt- und Ressourcenproblem nicht. Die Rohstoffe müssen ja irgendwoher kommen und die Umweltdegradation muss ja irgendwo stattfinden. Alles wird dann nur global umverteilt. Da alle Ressourcen, auch die erneuerbaren, begrenzt zur Verfügung stehen, da die Fähigkeit der Natur, menschengemachte Umweltdegradation zu absorbieren, begrenzt ist und da jede industrielle Aktivität die Umwelt belastet, ist das Ganze nur ein Nullsummenspiel.
Wenn der internationale Handel wächst - im Gegensatz zum Wachstum von nur Binnenproduktion für Binnenkonsum -, werden die Umweltdegradation und der Ressourcen-

verbrauch überproportional wachsen. Das International Forum on Globalisation (IFG), eine wichtige Organisation in unserer Bewegung, schreibt:
"Die Globalisierung wirkt sich inhärent destruktiv auf die natürliche Umwelt aus, weil sie erfordert, dass Produkte Tausende Kilometer um die Erde herumreisen, was unvorstellbare Umweltkosten verursacht: ein noch nie da gewesenes Ausmaß von Verschmutzung der Ozeane und der Atmosphäre durch Transport, erhöhten Energieverbrauch und Abgase aus Verbrennung von fossilen Brennstoffen (was die Klimaveränderung fördert). Dazu kommen erhöhter Verbrauch von Verpackungsmaterialien, verheerende Weiterentwicklung von Infrastrukturen - neue Straßen, Häfen, Flughäfen, Pipelines, Stromnetze usw., die oft in bisher unberührten Gebieten gebaut werden." (IFG 2001: 24)
Eines muss hier klar gestellt werden: Wenn man vom internationalen Handel redet, meint man Export und Import über nationale Grenzen. Tausende Kilometer können Produkte aber auch im Binnenhandel zurücklegen müssen, z. B. in Russland (Moskau bis Wladiwostok). Im ökologischen Kontext sollten wir also von Fern- und Nahhandel reden.

## IV. Schlusswort

Die Armut zu beseitigen, benötigt nicht allzu viel Fernhandel. Wer aber, wie Oxfam, den Wohlstand und Reichtum der Industrieländer bewahren will und auch den Armen in den Entwicklungsländern Wohlstand bringen will, der kann nicht umhin, ein starkes Wachstum des Fernhandels zu befürworten. Denn all die Produkte, deren Genuss heute Wohlstand ausmacht (in manchen Konzeptionen sogar zur Befriedigung der "Grundbedürfnisse" gehört), z. B. der Genuss eines Handys, können nicht in jedem Land hergestellt werden. Und auch wenn das möglich wäre - unter Hinnahme von komparativen Nachteilen - müssten die zahlreichen dazu notwendigen Rohstoffe und/oder Zwischenprodukte von weither importiert werden. An diesem Widerspruch scheiden sich die Geister in unserer Bewegung, was nicht mehr verschwiegen werden kann, wie die Kontroverse zwischen Oxfam und Shiva zeigt. Dieser Widerspruch existiert aber schon länger. Ein paar Monate nach Seattle sagte ein führender US-amerikanischer Aktivist der Bewegung, der in Seattle die Aktionen maßgeblich mitorganisiert hatte (Dahane heißt er), in der zukünftigen Welt seiner Vision werde jeder Weltbürger ein jährliches Einkommen von mindestens 10.000 US$ haben. Das Maximum könne 10 Millionen US$ sein (Kurbjuweit 2000). Etwa gleichzeitig gab es in der Bewegung Parolen wie "*From global to local*", "*Protect the local, globally*" (Hines 2000) und Ideen von weitgehender Selbstversorgung, der Subsistenzperspektive usw. Es ist an der Zeit, dass wir uns Gedanken darüber machen, was/wieviel möglich ist und was/wieviel nur Phantasterei ist.
Von der Öffnung des Agrarmarktes in der EU für Produkte aus dem Außer-EU-Raum werden insbesondere kleinere und mittlere Bauern getroffen werden. Eine oppositionelle Bauernorganisation in Frankreich, *Confédération Paysanne* , in der viele solcher Bauern organisiert sind, hat die Kritik akzeptiert, dass subventionierte Agrarexporte aus der EU die Lebensgrundlage von vielen Bauern in den Entwicklungsländern ruinieren. Zusammen mit ähnlichen Bauernorganisationen in anderen Ländern inklusive der Entwicklungsländer (alle sind organisiert in einem internationalen Verband namens *Via Campesina*) vertreten sie die Position, dass die Bevölkerung eines Landes hauptsächlich von den Bauern dieses Landes mit Lebensmitteln versorgt werden soll. Sie verlangen keine Subventionen für Produktion für den Export, sondern faire Preise für ihre Produkte, damit alle Bauern von ihrer Arbeit leben können (vgl. Bove und Dufour 2001). Das ist eine Position, die das ganze Gerede von komparativen Vorteilen, Wettbewerb, Reichwerden durch Welthandel usw. ignoriert und eine Lösung des Problems darstellt, die auf dem Prinzip Solidarität basiert.
Damit sind zwar nicht Lösungen für alle Probleme der Welt gefunden. Aber ein notwendiges, zweites Basisprinzip für die Lösungen (das erste ist Nachhaltigkeit) ist klar geworden: nicht Wettbewerb auf dem Weltmarkt, nicht neoliberale Globalisierung, sondern Solidarität. Ohne etwas Idealismus gibt es keine Lösung. Es bleibt noch die Frage: Welcher Entwurf einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung entspricht diesen Basisprinzipien eher. Daly und Cobb Jr. schwebt ein gemeinschaftszentrierter Kapitalismus vor, in dem sich die Unternehmer der eigenen Gemeinschaft verpflichtet fühlen. Sie schreiben, auch Adam Smith und Ricardo stellten sich den Kapitalismus ungefähr so vor (Daly und Cobb Jr. 1990; 214-215). Auch Keynes plädierte für einen nationalen Kapitalismus. Er schrieb:
"Ideen, Wissen, Kunst, Gastfreundschaft, Reisen - das sind Dinge, die ihrer Natur nach international sein sollten, aber lasst Güter in der Heimat herstellen, wenn immer es sinnvoll und praktisch möglich ist, und vor allem lasst die Finanzen in erster Linie nationale sein. ... ich bin nicht überzeugt, dass die wirtschaftlichen Erfolge der internationalen Arbeitsteilung heute noch irgendwie mit den früheren vergleichbar

sind." (zit. nach Loske et al. 1996: 172)
Ich habe starken Zweifel an der Machbarkeit dieser Konzeptionen. An anderer Stelle habe ich dargelegt, warum ich denke, dass schon die Logik des Kapitalismus - egal, ob anfangs gemeinschaftszentriert oder national - an sich zur Globalisierung führt und unvereinbar ist mit dem Prinzip Solidarität. Mein Entwurf einer Alternative ist Öko-Sozialismus, der auch bei Fragen der Wirtschaft in gewissem Grade Internationalismus beinhaltet (Sarkar 2001).

**Literatur**

Bové, José und Dufour, Francois (2001) *Die Welt ist keine Ware - Bauern gegen Agromultis*, Rotpunkt, Zürich.
Daly, Herman E. und Cobb, John B. Jr. (1990) *For the Common Good*, Green Print, London.
Galbraith, John Kenneth (1995) *Die Geschichte der Wirtschaft im 20. Jahrhundert*, Hoffmann und Campe, Hamburg.
Hines, Colin (2000) *Localization -A Global Manifesto*, Earthscan, London.
International Forum on Globalization (IFG) (2001) *Die Welthandelsorganisation (WTO)*, Netzwerk gegen Konzernherrschaft und neoliberale Politik, Köln.
Kurbjuweit, Dirk (2000) "Die Zukunft der Rebellion", in: *Spiegel Reporter*, Nr. 8 vom August 2000.
Loske, Rainer und Bleischwitz, Raimund (1996) *Zukunftsfähiges Deutschland*, Basel.
Oxfam (2002) *Rigged Rules and Double Standards (Introduction)*, im Internet, Großbritannien. (Deutsche Übersetzung in: Infobrief Nr. 10 vom Netzwerk gegen Konzernherrschaft und neoliberale Politik, Köln).
Pearce, David/Markandya, Anil/Barbier, Edward B. (1989) *Blueprintfor a Green Economy*, London.
Samuelson, Paul A. und Nordhaus William D.(1989) *Economics*, McGraw-Hill, Singapore.
Sarkar, Saral (2001) Die nachhaltige Gesellschaft - Eine kritische Analyse der Systemalternativen, Rotpunkt, Zürich.
Shiva, Vandana (2002) *Export at Any Cost: Oxfam's Free Trade Recipe for the Third Worid*, im Internet, Indien. (Deutsche Übersetzung in: Infobrief Nr. 10 vom Netzwerk gegen Konzemherrschaft und neoliberale Politik, Köln).

## Gedanken über die Arbeit für eine nachhaltige Politik. Ökologie am Sonntag und unter der Woche, in der Theorie und in der Praxis

***Gangolf Stocker***

Seit ca. 150 Jahren, also seit einer geschichtlichen Mikrosekunde, haben Industriegesellschaften – und zwar kapitalistische und sozialistisch sich nennende - dem Planeten Erde mit gewaltigen Haufen an Abfall, Beton, mit atomaren und chemischen Giften zugesetzt, ihn nach Ressourcen ausgekratzt und in einem Maße geplündert, dass sie nicht mehr regenerierfähig zu werden drohen oder sind.
Die heutigen Folgen kennen wir alle: Klimaveränderung, Versiegelung, Vergiftung. Die künftigen Folgen sind sicher: Abschmelzen der Gletscher, Anhebung der Meeresspiegel, Absaufen von Südseeinseln, Zunahme der Orkane, Hochwasserkatastrophen, Versalzung, um nur ein paar Beispiele zu nennen, und einige von ihnen durften wir ja schon erleben.
Die Erkenntnis, dass diese Art des Produzierens und Wirtschaftens so nicht weitergehen kann, ist Sonntags in den Aulen der Universitäten und auf dem einen oder anderen Podium weit verbreitet. Auch die Gesetze hierzulande betonen neuerdings die Notwendigkeit nachhaltigen Wirtschaftens, Bauens, eines allenfalls nur unumgänglichen Flächenverbrauchs, um allerdings anschließend den „Abwägungen“ Tür und Tor zu öffnen. Dabei liegt dann allerdings die eine oder andere Investorenhand unversehens mit auf der Waage.
Werktags fahren wir durch die Lande und sehen neue Gewerbegebiete, Logistikhallen 500 x 500, ganz neu, Factory-Outlett-Center, Neubaugebiete mit Ein- und Zweifamilienhäusern. Daimler-Chrysler konkurriert mit Mitsubishi um den PS-stärksten Roadster, VW baut in China 600000 Autos pro Jahr, Porsche macht dicke Gewinne, das baden-württembergische Verkehrsministerium meldet über vierhundert Straßenbauprojekte für den Bundesverkehrswegeplan an und Ryenair fliegt für 9,95 Euro nach London.
Die westlichen Industriegesellschaften machen weiter wie bisher, die osteuropäischen möchten es nachmachen und die Entwicklungsländer wollen auch so werden – mit freundlicher Unterstützung von Daimler-Chrysler, Hoch-Tief und der Deutschen Bank.

**Wieso ändert sich nichts, ändern wir uns nicht?**

Vor Jahren, als die Friedensbewegung laut und stark gegen die Stationierung der Pershing II protestierte, passierte in einem Stuttgarter medizinischen Verlag folgende Geschichte: Die gewerkschaftliche Betriebsgruppe durfte in der firmeneigenen Kantine eine Informationsveranstaltung des „Internationalen Bundes Ärzte gegen den Atomkrieg“ durchführen, an der auch der Verleger und seine Gattin als Gastgeber teilnahmen. Im Verlauf des Referats wurde die Verlegersgattin immer blasser und sagte plötzlich „Ja, aber, das trifft ja auch mich!“. Ihr war aufgegangen, dass Pershings, Cruise-Missiles oder die SS20 nicht unterscheiden zwischen Freund oder Gegner, nicht zwischen Arm und reich, zwischen Chef(in) und Angestellten.

Die Ökologen[2] haben derzeit noch das Problem, dass dieses Bewusstsein, dass ein Weitermachen wie bisher verheerende Folgen haben wird, und zwar für alle, überhaupt nicht vorhanden ist. In breiten Bevölkerungsschichten gelten die bisherigen Lebens- und Verbraucherstandards als Mindeststandards, deren Infragestellen als unsozial gilt. Eine Änderung des eigenen Verhaltens ist kein Thema, da die anderen auch nichts ändern und Politik und Wirtschaft nur ein Ziel kennen: Wachstum. Zu diesen Standards gehört auch zweimal jährlich in den Süden jetten, damit man sich in „unverfälschter Natur“ erholen kann, weil das natürlich in unseren Städten oder in der Sterilität der Schlafsiedlungen längst nicht mehr geht.

Warum ist das so? Da ist zum einen die tief verwurzelte menschliche Eigenschaft des Beharrens auf Althergebrachtem, auf Gewohnheiten, vermeintlichen Ansprüchen. Ökologen kommen auch viel zu oft mit gerunzelter Stirn und erhobenem Zeigefinger daher, wenn nicht gar mit „Umweltdrecksau“ oder Strafandrohungen.

Was diesen subjektiven Faktor Mensch angeht, seine störrische Weigerung, sein Verhalten zu ändern, so wäre es vielleicht angebrachter, ihm mehr Lebenslust, mehr soziale Kontakte, mehr gesellschaftliche Wärme in Aussicht zu stellen. Fleisch, Gemüse und andere Lebensmittel vom Bauern zu holen, es frisch zubereiten, macht nicht nur Spaß und schmeckt besser, sondern lässt auch – im Gegensatz zum Fertiggericht vom Eismann - alle Sinne des Menschen an diesem Prozess teilnehmen. Beim Straßenbahn fahren begegnet man täglich den gleichen Menschen, schon auf dem Weg zur Haltestelle und beim Warten, man kennt und grüßt sich, macht ein Schwätzchen, und wenn man ein Morgenmuffel ist verschanzt man sich eben hinter der Zeitung oder dem Krimi. Das alles müsste der Autorfahrer eigentlich schmerzlich vermissen.

Die Frage, wie man die Menschen dazu verlockt, ihr Verhalten zu ändern, soll weiter unten nur kurz das Thema sein.

Menschen reagieren innerhalb der Rahmenbedingungen, die Ihnen die Natur (einschließlich der eigenen), die Technologie und die herrschende Moral bzw. das herrschende Recht vorgeben. Marxistisch formuliert: Der Stand der Produktivkräfte bestimmt die Produktionsverhältnisse, diese das Bewusstsein der Menschen („Das Sein bestimmt das Bewusstsein“). Bekanntlich herrschen kapitalistische Produktionsverhältnisse. Und daran soll und wird sich, geht nach den Profiteuren (vornehmer: Anteilseignern, Eigentümern) und deren Management, nichts ändern. Nur – es gibt mehrere Probleme.

Problem Nr. 1: Die Ressourcen an Öl und Gas gehen zu Ende. Noch schlimmer: Dies ist kein Geheimnis, sondern bekannt, wenn auch es auch (noch) überwiegend ignoriert wird. Dieses Problem kann auf Dauer auch nicht militärisch gelöst werden – man braucht neue Energiequellen und muss sparsamer wirtschaften.

Problem Nr. 2: Ein weltweites Netz an Informationen erlaubt überall auf der Welt den Zugriff auf die Forschungsergebnisse der Klimatologen und natürlich auch auf die Nachrichten über die Umweltverbrechen großer Konzerne. Das ist sehr schlecht fürs Marketing.

Wie reagiert nun das Kapital auf dieses ökologische Szenario, die nahe Endlichkeit der wichtigsten Energiequellen Öl und Gas und die öffentliche Wahrnehmung der Folgen der industriellen Ausbeutung? Sind – soweit man das heute sagen kann - seine Strategien im Sinn von Nachhaltigkeit wirksam? Werden am Ende die Produktionsverhältnisse die gleichen geblieben sein? Das ist eine spannende Frage.

**Wie reagiert das Kapital auf das Gebot der Nachhaltigkeit?**

Vorausgesetzt, dass ein Unternehmer oder Anteilseigner und seine politische Lobby die ökologisch Problematik nicht gänzlich leugnet oder verdrängt, wird er zunächst – ebenso wie Frau Müller und Herr Meier – versuchen, trotzdem einfach weiter zu machen wie bisher, Umweltvorschriften aus Kostengründen zu umgehen, die Produktteile aus aller Welt vom jeweils billigsten Anbieter anfahren oder einfliegen zu lassen, das Produkt aufwendig verpacken und mit aufwendigen Marketingmaßnahmen in großer Masse auf dem Markt abzusetzen. Er

[2] Ich bitte die Ökologinnen um Verzeihung, dass ich aus Gründen der Lesbarkeit nur von Ökologen schreibe.

wird dies solange tun, solange Umweltverstöße als Kavaliersdelikte verstanden werden, solange die Transportkosten nicht teurer werden und solange der Markt auf beides gleichgültig reagiert. Wird aber das Umweltbewusstsein in der Gesellschaft wegen der Nachrichten über Umweltskandale und ihrer Auswirkungen empfindlicher und werden infolgedessen umweltfeindliche Produkte mehr und mehr tabuisiert, wird er darauf zunächst mit entsprechendem Marketing reagieren. Werden die Transportkosten auf Grund der steigenden Ölpreise[3] teurer, wird er sich nach näher gelegenen Lieferanten umsehen. Das mag eine Zeit lang noch so weiter gehen, aber über kurz oder lang ist der Punkt erreicht, wo sich Produkt und Produktionsweise nicht mehr rentieren. Es beginnt die Suche nach einer, unter den veränderten Rahmenbedingungen (Steigende Energiekosten, gestiegene Umweltsensibilität, um nur diese zwei zu nennen) anderen, ähnlichen Profit versprechenden Kapitalanlage. Was, wenn es nicht nur ein bisschen anders ist, könnte das sein?

**Gibt es einen Ausweg? Sind Kapitalismus und Nachhaltigkeit überhaupt kompatibel?**

Was ist nachhaltig? Nachhaltig produzieren und leben heißt nichts anderes, als die der Natur innewohnenden Grenzen nicht zu überschreiten, die Gleichgewichte nicht zu stören, den Menschen als Teil, nicht als außerhalb der Natur befindlich, zu verstehen.

Wer Kapital investiert, will am Ende (des Kapital-/Wirtschaftskreislaufs) mehr haben, nicht gleich viel und schon gar nicht weniger, am besten sehr viel mehr. Das so erweiterte Kapital investiert er erneut und will wieder – wen wundert's – mehr haben am Ende. Kurz und gut: Zwei Gesetzmäßigkeiten (unter anderen) bestimmen kapitalistisches Wirtschaftsordnungen: Der Zwang zu Profit(maximierung) und – daraus resultierend – ständig sich vermehrendes (akkumuliertes) Kapital, das immer wieder in den Kreislauf immer wieder mit der Erwartung von möglichst hohem Profit eingebracht wird. Ein Kreislauf der nicht ewig währt, währen kann, und der bislang periodisch mit riesigen Krisen und Kriegen und gewaltiger Kapitalvernichtung zusammenkrachte. Um dann wieder erneut zu kreisen, seinen Lauf zu beginnen.

Man ahnt, dass es immer schwerer sein wird, nach 200 oder 500 solcher Kapitalzyklen und mit einer riesigen Kapitalmenge noch rentable Anlagen zu finden, und man ahnt, wie hart dabei gekämpft werden muss um die Senkung der Kosten für Löhne, für Rohstoffe, die Kosten der Zulieferer. Man weiß, dass diese Senkung der Kosten auch in riesigem Umfang über Subventionen für Produkte, Transporte und Infrastruktur erfolgt, und man erfährt es alltäglich, dass die Senkung der Kosten über einen hohen Automatisierungsgrad erfolgt. Dieser hohe Automatisierungsgrad wiederum ist wegen der hohen Anschaffungskosten nur sinnvoll für Massenproduktion. Für Massenproduktion wiederum müssen massenhaft Rohstoffe und Halbfertigprodukte weltweit herangeschafft werden; die Massenprodukte müssen dann wieder weltweit auf die Märkte geschafft werden. Ja, und dort müssen sie dann auch verkauft werden, sonst wird's nix mit dem Profit.

Man ahnt, wie schwer es Kapitalisten und ihre Manager trotz der vielen Helfer haben und – kurzum, und darum ging es ja – man ahnt, dass Kapitalismus und Nachhaltigkeit einander ausschließen.

Ökologen haben also nicht nur das Ziel einer nachhaltigen Lebens- und Wirtschaftsordnung – ganz nebenbei müssen sie auch noch, ob sie es wollen oder nicht, das kapitalistische Wirtschaftssystem überwinden. Überwinden ganz im Sinn von „Krankheit überwinden": Durch Änderung des Verhaltens und der Gewohnheiten, die krank gemacht haben.

Nachdem dies nun geklärt ist, wissen wir aber dennoch nicht so recht weiter. Es hilft nicht, sich zurückzulehnen und das Ende der regenerativen Energien abzuwarten, darauf zu achten, dass einen die Kriege ums Öl nicht selbst erwischen, sich makrobiotisch zu ernähren und mit vollem Mund die Umweltkatastrophen zu kommentieren und auf das Ende kapitalistischen Industriegesellschaft zu wetten.

**Den Druck erhöhen – sich nicht anpassen!**

Das Bild der Ökologen ist das der Meckerer, Bedenkenträger, Fortschrittsverhinderer usw. Die Ökologen müssen offensiv aus dieser Rollenverteilung herauskommen, die die Manager und Politiker zu Machern, die Ökologen zu Kritikastern werden lässt. Nun, nach einer solchen Diagnose folgt in der Regel der Rat, flexibler zu sein und sich auf die Wertvorstellungen der Wirtschaft und Politik einzulassen. Aber das Gegenteil ist richtig. Ökologen müssen selbstbewusster auftreten und für sich in Anspruch nehmen, die Wertmaßstäbe zu setzen, nach denen sich die Politik zu richten hat, und nicht umgekehrt. Derzeit weist die Politik den Ökologen die Rolle der Ausputzer zu, der Putzkolonne.

Um so aufzutreten, bedarf es aber ein gehöriges Maß an Unempfänglichkeit für Angebote und Drohungen, oder einfach nur der Unfähig-

[3] Die Praxis, die steigenden Förderkosten, die Kosten der militärischen Eroberung und Sicherung über Steuern zu subventionieren, stößt irgendwann an Grenzen.

keit zur Anpassung. Für mein Empfinden haben sich Ökologen schon zu sehr auf die sogenannten „Sachzwänge“ eingelassen. Es ist aber nicht ihre Aufgabe, die politische Umsetzung in Kompromissen zu verhandeln; die Aufgabe der Ökologen ist es, immer wieder das Ziel zu benennen und den Weg und das Tempo zu beurteilen und ggf. zu verurteilen.
Für Zyniker wäre jetzt der Zeitpunkt gekommen, die Lebensläufe vieler Politiker und Programmänderungen von Parteien, und erst recht deren politische Praxis darzustellen und zu kommentieren. Und in der Tat erlebten aufrechte Ökologen an vielen Mitstreitern den Prozess der Anpassung, viele aufrechte Linke sahen verwundert ihre Mitkämpfer abwandern in staatstragende und einkömmliche Posten und in angenehme Villengegenden. Es scheint tatsächlich so, dass das gesellschaftliche System nicht nur den Widerstand assimiliert und ökologisches Bewusstsein beim Sonntagsspaziergang erlaubt, sondern auch das schlechte Gewissen durch zwei Hauptausreden zum Schweigen bringt. Die erste Hauptausrede lautet: Man kann nicht gegen den Strom schwimmen, jedenfalls nicht von heute auf morgen alles ändern. Die zweite Hauptausrede ergänzt dann: Wir sorgen dafür, dass die schlimmsten Auswüchse nicht passieren.
Besonders angenehm warm um Herz und Gewissen wird es dann, wenn der größte Automobilkonzern einem wegen des Irak-Krieges ausgetretenen Mitbegründer der Grünen ein Umweltprojekt in Amazonien finanziert und damit Werbung macht.[4]
Dagegen hilft nur eines: Auf dem Weg bleiben, auf dem Weg der harten Kritik der Art des Wirtschaftens und Lebens, dem Aufzeigen der Ursachen und der Folgen und der notwendigen Änderungen. Es ist die ständige Wiederholung, die nervt, vor allem dann, wenn mensch weiß, dass diese Stimme recht hat, dass der Versuch, sie zu überschreien keinen Erfolg haben wird, weil man Luft holen muss, die Stimme aber immer noch da ist, es sei denn, man bringt sie um, was wiederum schlecht fürs Geschäft ist (siehe oben). Wer immer wieder nervt, betreibt eine Art Mobbing. Konsequente und nicht nachlassende Einforderung von nachhaltiger Politik ist Mobbing gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem. Und genau dies ist Aufgabe der Ökologen. Sie müssen der Moskito sein, der den selbstgerechten Schlaf der Mächtigen und Profiteure - und auch der lieben Mitmenschen – stört.

[4] Daimler-Chrysler finanzierte jahrelang Projekte von Willi Hoss. Der ironische Vorwurf richtet sich nicht gegen Willi Hoss und seine Arbeit. Es ist die Verlogenheit des Systems, dem sich auch ein aufrechter Mensch wie Willi Hoss ausliefern musste, wollte er seine Arbeit weitermachen.

**Lust auf Alternativen machen**

Man kann nicht alles mit dem Spaßfaktor versehen, auch wenn es mittlerweile sogar die Kirchen versuchen. Aber, warum können wir nicht dort anknüpfen, womit in der Kinder- und Jugendarbeit Erfolge erreicht werden? Wenn Kinder mit dem Staunen über die Natur auch die Ehrfurcht lernen, mit dem Umgang mit Tieren auch die Liebe zu ihnen, und mit dem Backen des ersten eigenen Kuchens auch den Stolz auf die eigenen Fähigkeiten erfahren, warum versuchen wir Ökologen nicht ähnliches mit den Erwachsenen?
Man könnte Lust machen auf die Entdeckung des wirklichen Tomatengeschmacks, den Geschmack einer Möhre aus ökologischem Anbau, der Freude am Wachsen im Garten, dem Kochen, dem Backen statt der Mikrowelle.
Man könnte Lust machen auf die Entdeckung der Umgebung beim zu Fuß gehen, und es darf von mir aus auch ein wenig das Bewusstsein vermittelt werden, dass man einen Schritt weiter in Erkenntnis und Praxis ist als die Umgebung („Ich bin doch nicht blöd!“). Dass man vor allem viel, viel mehr Lebensgenuss hat. Und die Politik, die Automobilindustrie, die Straßenbauer, Hochgeschwindigkeitshuber und Städteplaner behandeln als überholt, uncool, von gestern? Lästern über die armen Autofahrer, die City-Hopper, die Bescheuerten, die für teures Geld die Erdteile und deren Hotels „durchmachen“, anstatt die eigenen Umgebung zu entdecken, wo es unglaublich viel zu entdecken gibt.
Niemand lässt sich gerne für „blöd“ verkaufen. Vielleicht sollten wir es mal so rum probieren?

## Gentechnik und PDS

***G. Kraft***

Ein ganz entschiedenes "sowohl als auch" ist die Position der PDS zur Gentechnik. Dankbar nickten die umweltpolitischen Sprecher in den Landtagsfraktionen, als ihr oberster Fachmann Wolfgang Methling, der gerade gekürte stellvertretende Vorsitzende der Partei und Umweltminister von Mecklenburg-Vorpommern feststellte, dass die Gentechnik ja doch nicht mehr zu verhindern sei und auch ihre guten Seiten habe. Nun müsse man den Prozess nur konstruktiv mitgestalten. Weniger konstruktiv gebärden sich die Ökobauern. In der Freisetzung von gentechnisch manipulierten Pflanzenmaterials erkennen sie eine existenzgefährdende Bedrohung für ihr Gewerbe, denn eine Kontamination auf dem freien Feld wäre kaum zu verhindern und eine Kontrolle käme teuer. Sie wissen ausnahmsweise sogar den Deutschen Bauernverband hinter sich, der ansonsten jahrzehntelang bedingungslos alles, was in den Labors der agrochemischen Industrie ausgekocht worden war, begrüßt und den Bauern im Lande aufgeschwatzt hat. Nur auf die PDS können die Ökobauern nicht zählen. Gentechnik sei doch nur eine etwas gezieltere Veränderung von Erbmaterial, die der Bauer durch Züchtung schon immer vorgenommen habe. Bei Pflanzen, die nicht in Europa heimisch seien, etwa Mais und Soja, sei das Risiko einer unkontrollierten Auskreuzung ohnehin gering. Nur bei heimischen Pflanzen müsste man ein wenig Vorsicht walten lassen. Nun soll die Position der Umweltpolitiker noch mit den Agrarpolitikern der PDS abgestimmt werden, einer Ansammlung von Fachkompetenz, die in den Kategorien der sozialistischen Agrarindustrie denkt. Gut ist, was die Produktivität steigert und den Fortschritt kann man nicht aufhalten: Käfighaltung von Geflügel, Chemie und nun eben die Gentechnik. Es ist eine wohlabgewogene, wissenschaftlich fundierte Aussage zu erwarten, die ein paar der gängigen Bedenken anspricht, mit der man aber in der heutigen politischen Szene keine Punkte machen kann. Man erinnere sich, dass die Grünen in der BRD einst mit einem radikalen "Nein" zu Atomtechnik und auch zum Militär auf der politischen Bühne erschienen sind. Eine "verantwortliche" Position der Art "Die Atomtechnik hat ja auch ihre guten Seiten" hätte sie auf dem Niveau unter der 5-%-Marke stabilisiert, das die PDS offensichtlich zielstrebig ansteuert. Nun ist die Atomindustrie in Europa zum Auslaufmodell geworden. Die spinnigen Ideen von Energie aus Sonne, Wind und Biomasse weisen die Richtung für die innovativen Entwicklungen in Europa. So groß sind die Unterschiede bei den Interessen, die hinter der Gentechnik stehen und der Atomindustrie nicht und eigentlich müssten die geschulten Marxisten in der PDS erkennen können, wie der Hase läuft. Meister Lampe mümmelt die Möhren vorzugsweise ohne Gentechnik und notfalls auch ohne PDS.

Wohin die Kommerzialisierung führt ...

# Diskussion

## Brief von L. von Löhlhöffel an A.-K. Petereit

Lutz von Lölhöffel
Scheffelstraße 36
79102 Freiburg

79102 Freiburg, den 18. August 2003
☎ (0761) 7 49 84

Frau
Anne-Kathrein Petereit
c/o Ökologische Plattform
Kleine Alexanderstraße 28

10178 Berlin

Liebe Frau Petereit !

In Tarantel Nr. 21 (S. 34) stieß ich auf Ihre Zuschrift zu meinem Leserbrief in Tarantel Nr. 20 (S. 32) und war etwas überrascht über Ihre Gedankengänge, denn ich konnte mich nicht erinnern, von Kriminalität und Herrschaftsstrukturen sowie von Jungsteinzeit und Matriarchat geschrieben zu haben. Daher las ich den in Nr. 21 abgedruckten Teil meines Leserbriefes nochmals durch. Beim Blättern in dem Heft fand ich dann Ihren Beitrag „Feminismus und Ökologie sind Geschwister" und las ihn (denn der hatte keinen Lesevermerk, ich hatte ihn also noch nicht gelesen).

Dort schreiben Sie, was Feministinnen alles n i c h t sind. Aber in Nr. 21 beginnen Sie Ihre Ausführungen mit dem Satze: „Die wichtigste Ursache für Armut und Kriminalität haben Aristoteles und Platon nicht erkannt: Privateigentum und Herrschaftsstrukturen, kurz, das patriarchale System." Das finde ich recht gewagt! Ob die Theorien über das Matriarchat in der Jungsteinzeit etwas mit der damaligen Wirklichkeit zu tun haben, erscheint mir doch ziemlich fraglich. Und – nehmen Sie ab, wenn „die Frauen“ h e u t e „das Sagen“ hätten, dass es dann k e i n e Herrschaftsstrukturen gäbe?

Ich finde das Jonglieren mit Bevölkerungszahlen einfach ekelhaft - und dass sie nach der Hexenverfolgung sprunghaft anstiegen, dürfte auch eine Spekulation sein, denn die meisten „Daten" beruhen auf Schätzungen, da es kaum Zahlungen gegeben hat.

Ich vermute, dass die Bevölkerungszahl-Betrachtungen ein Ablenkungsmanöver sind, darüber hinwegtäuschen sollen, dass es durchaus möglich wäre, alle zur Zeit auf der Erde lebenden Menschen ausreichend zu ernähren, und dass dies auch noch möglich wäre, wenn es tatsächlich erheblich mehr würden. Die ganze UN-Statistik über die Weltbevölkerung basiert auf Hochrechnungen einer fiktiven Anzahl von 500 Millionen Menschen, die angeblich im Mittelalter auf der Erde gelebt haben sollen. Ich habe da mal einen Vortrag eines Spezialisten vom Statistischen Bundesamt gehört, in dem deutlich auf die Fragwürdigkeit all dieser „Daten" aufmerksam gemacht wurde.

Nun zu den Wünschen der Menschen: Ich brauche kein Auto und habe auch keines. Ob alle Chinesen eines wollen oder gar brauchen, ist doch eine Frage, die nichts mit der Wirklichkeit zu tun hat. - Ich bin nicht „für eine gerechte Verteilung der vorhandenen Güter“, sondern dafür, dass wir die Wirtschaft so einrichten, dass sie die am bestehenden B e d a r f der Menschen orientiert wird. Das könnte durchaus gemacht werden und die jetzige idiotische Verfahrensweise ablösen. Wenn vom t a t s ä c h l i c h vorliegenden Bedarf ausgegangen würde, könnte die verteuernde (und verlogene) Werbung wegfallen und außerdem jegliche Konkurrenz zwischen den Erzeugern, die ja ein Wahnsinn ist und immer mehr Unheil hervorruft.

Die heutige arbeitsteilige Warenerzeugung geschieht hauptsächlich durch Maschinen und wird mit Hilfe von Computern organisiert. Und die Verkaufserlöse kommen nicht der Allgemeinheit zugute, son-

dern nur einigen wenigen. Ein Teil davon wird für Material und die Herstellungsbedingungen weiterer Waren benötigt. Aber der Rest fließt - ungerechtfertigterweise - in die Taschen der Unternehmer. Das ist aber kein Naturgesetz, kann geändert werden. Wir brauchen „nur“ eine sinnvolle Wirtschaftsordnung. Diese wird allerdings von den Politikern (die von den Wirtschaftsführern bestochen und erpresst werden) nicht zu erwarten sein. Um sie zu erreichen, brauchen wir eine Volksherrschaft (deutsche Übersetzung von Demokratie).

Wie die aussehen müsste, kann ich hier nicht ausführen. P a r t e i e n sind n i c h t geeignet, das zu entwerfen und zu beschließen, was nötig ist, um die heute bestehenden verheerenden Zustände zu bessern, den Weg einer Heilung zu beschreiten. Wenn Sie an einem weiteren Austausch interessiert und zu ihm bereit sind, schreiben Sie mir. Dann können wir noch manche Einzelheiten näher erörtern.

Freundliche Grüße

Lutz v. Lölhöffel

PS: Das Bahro-Zitat (im vorletzten Abschnitt Ihrer Zuschrift) ist meines Erachtens unzutreffend – und Ihr „Störfaktor Mensch“ regt mich auf.

## Erwiderung von A.-K. Petereit an L. von Löhlhöffel

Lieber Lutz von Lölhöffel,
danke für Ihren Brief. Von Armut und Kriminalität schrieb ich, weil Roman Kotliars Beitrag in Nr. 19 davon handelte, auf den Sie sich ja beziehen. Herrschaftsstrukturen und Matriarchat gehören nach meiner Erkenntnis zum Thema.
Meine Kenntnisse von matriarchalen Gesellschaften habe ich nicht von einer Theorie, sondern von den Ergebnissen der modernen Matriarchatsforschung. Diese beruhen auf Untersuchungen von Mythen und Märchen, von archäologischen Funden, von älteren ethnologischen Berichten und von heute noch existenten matriarchalen Gesellschaften. Empfohlen sei vor allem Heide Göttner-Abendroth „Das Matriarchat“. Übrigens fand vom 5.–7.9.03 in Luxemburg ein Kongress zu diesem Thema statt.
Ihre Frage, ob ich dächte, dass es keine Herrschaftsstrukturen gäbe, wenn Frauen das Sagen hätten, hat mich einigermaßen amüsiert. Die Ergebnisse der Matriarchatsforschung sind noch weitgehend unbekannt. Woher sollen die Frauen also wissen, dass es einst herrschaftsfreie Gesellschaften gab? Und wenn sie es wüssten, wodurch sollten sie zu ganz bewussten Sozialtechniken befähigt sein, mit deren Hilfe die Geschicke einer Gemeinschaft so geregelt werden können, dass es allen gut geht? Und schließlich: Unterdrückung demoralisiert, und zwar die Unterdrücker und die Unterdrückten. Rund 5000 Jahre sind vergangen, seit die ersten Gesellschaften zum Patriarchat übergingen.
Ob eine hochkomplexe Gesellschaft wie die unsere überhaupt je funktionieren kann ganz ohne Herrschaftsstrukturen, das kann heute niemand sagen. Aber zumindest in kleinen, überschaubaren Gemeinschaften nach dem Konsensprinzip zu verfahren, also ohne Herrschaft, auch ohne Volksherrschaft, das zu lernen ist eine lohnende Aufgabe für alle, denen die heutige Gesellschaft nicht gefällt, lohnend für Frauen und Männer. Unter anderem zu dieser Frage forscht das Zentrum für experimentelle Gesellschaftsgestaltung.
Übriges schreibt Margit Kennedy in „Geld ohne Zinsen und Inflation“, dass Privateigentum, Geldwirtschaft, Monogamie und Patriarchat uno actu entstanden seien und wohl auch nur so wieder aufzulösen wären.
Dass die Erde es nicht aushält, wenn 6 Mrd. Menschen so leben wie 80 Mio. Deutsche, darüber besteht eigentlich allgemeiner Konsens. Selbst wenn man Werbung, Rüstung und anderen Unsinn abziehen würde. Auch ich habe kein Auto und kann auf manches verzichten, was andere Menschen glauben zu brauchen. Trotzdem kann ich meine Lebensweise weder gegenüber der Natur noch gegenüber der „Dritten“ Welt rechtfertigen. Aber ich kenne nicht sehr viele, die so „vernünftig“ sind, und ich vermute, die Mehrheit der Menschen in den Industrieländern wird ihre materiellen Ansprüche erst aufgrund äußerer Zwänge verringern. Viel schneller werden, bei einiger Aussicht auf Erfolg, die Wünsche der Menschen in den ärmeren Ländern wachsen.

Mich würde interessieren, wie Ihrer Meinung nach eine „sinnvolle“ Wirtschaftsordnung – die ich auch herbeisehne - und eine „Volksherrschaft“ zustande kommen könnten. Ich denke, der Kapitalismus wird erst dann überwunden, wenn die Mehrheit der Bevölkerung bereit sein wird, auf seine angenehmen Seiten (volle Läden usw.) zu verzichten. Das werde ich mit Sicherheit nicht mehr erleben.
Aus Sicht von Gaia (die Erde und ihre Biosphäre) ist der heutige Mensch in der Tat ein gewaltiger Störfaktor. Mir scheint das Ausmaß der gegenwärtigen Umweltzerstörung ist Ihnen nicht bekannt. Es wird höchste Zeit, unsere anthropozentrische Sicht auf die Welt zu überwinden. Eine Sicht, die auch zu der Überzeugung geführt hat, unsere Art hätte das Recht, sich endlos zu vermehren.

Mit alternativen, freundlichen Grüßen
Anne–Kathrein Petereit

## Wissenswertes

### Billigflieger: Kollapsgefahr für Mensch und Klima. Umwelt- und Verkehrsverbände fordern weniger Flugverkehr

***Gemeinsame Pressmitteilung von BUND, Bundesvereinigung gegen Fluglärm, Germanwatch, ROBIN WOOD und VCD (Düsseldorf/Berlin, 04.09.2003)***

Angesichts der erheblichen Umweltgefährdung durch den Flugverkehr haben Vertreterinnen und Vertreter des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), der Bundesvereinigung gegen Fluglärm, Germanwatch, ROBIN WOOD und des Verkehrsclubs Deutschland (VCD) heute in Düsseldorf ihre gemeinsame Position für eine umweltverträglichere Gestaltung des Flugverkehrs vorgestellt.
Nach Ansicht der Umwelt- und Verkehrsverbände wird der Flugverkehr durch die Expansion der Billigflüge und den Ausbau von Flughäfen zum „Klimakiller“ Nummer eins. Die Klimabelastung durch Fliegen werde damit die des Autoverkehrs in den nächsten Jahren voraussichtlich überflügeln und der Fluglärm werde noch mehr Menschen krank machen. Um diese Entwicklung zu stoppen, müssten die massiven Subventionen des Flugverkehrs konsequent abgebaut, Klima- und Lärmbelastungen erheblich gesenkt und der Verbraucherschutz im Billigfliegersegment spürbar verbessert werden.
Die Entwicklung des Flugverkehrs zu Lasten der Umwelt werde im Rheinland besonders deutlich, da sich hier gleich mehrere Standorte als El Dorado der Billigflieger profilieren wollten. So sollen in der Region vier Flughäfen für Tourismus- und Billigflieger ausgebaut werden: Düsseldorf (LTU, Air Berlin), Köln/Bonn als Billigflieger-Drehkreuz (Germanwings und Hapag-Lloyd-Express), Mönchengladbach (Air Berlin) und Laarbruch (Ryan Air).
BUND-Verkehrsexperte Dr. Werner Reh: „Die Flughäfen konkurrieren unkoordiniert und in enger räumlicher Nachbarschaft um die Ansiedlung der Billigflieger. Diese neuen Anbieter leben aber vom Mehrfachdumping: Tickets unter den eigenen Gestehungskosten, Flughäfen, die auf angemessene Gebühren verzichten und Kommunen, die Steuergelder verschwenden, nur um beim Fliegen mit von der Partie zu sein.“ Die Leidtragenden seien Anwohner und Umwelt. Für Reh ist es „reiner verkehrspolitischer und ökonomischer Nonsens“, wenn sich Flughäfen gegenseitig Konkurrenz machen, statt miteinander zu kooperieren. „Der Gipfel der Unvernunft ist es, der Bahn das Geschäft zu verhageln, die bei fairen Wettbewerbsbedingungen deutschlandweit und auf vielen europäischen Relationen durchaus eine Alternative zum Flugverkehr bieten kann.“ Schon jetzt zeichne sich zudem ab, dass infolge des zunehmenden Wettbewerbs die meisten Billiganbieter wieder vom Markt verschwinden werden.
Der Verkehrsclub Deutschland (VCD) fordert eine Stärkung des Verbraucherschutzes bei den irreführenden Lockvogelangeboten der Billigfluganbieter. Prof. Monika Ganseforth, Mitglied im VCD-Bundesvorstand: „ Die vermeintlichen Supersonderangebote der Billigflieger haben ihre Tücken. Die Anbieter verschweigen oft die Zusatzkosten für Anreise, sicherheits-

und Landegebühren sowie für Kreditkartenzahlung – Kosten, die den Reisepreis nicht selten um das Fünffache überschreiten. Weiterhin fehlen eindeutige Hinweise auf begrenzte Platzkontigente sowie hohe Storno- und Umtauschgebühren."
Besonders empörend sei, dass der Flugverkehr als der klimaunverträglichste Verkehrsträger bei internationalen Flügen trotz Kyoto-Protokoll von jeder Emissionsbegrenzung ausgenommen ist und sich jeglicher Verantwortung im Klimaschutz entzieht. „Billigflieger liefern daher die eindeutige Antwort auf die Frage: ‚Wie kann ich als Bürger die Umwelt mit wenig finanziellem Einsatz maximal schädigen, ohne kriminell zu werden?'", fasst Dr. Manfred Treber, Klima- und Verkehrsreferent von Germanwatch, seine Wahrnehmung der Billigflieger zusammen.
Seine Kollegin Monika Lege von ROBIN WOOD ergänzt: „ Denn es gibt keine andere individuelle Handlung, die das Klima derart belastet wie das Fliegen." Der einzelne Verbraucher kann also viel für den Klimaschutz tun. „Wirk können solange in die Sonne fliegen, bis uns der Klimawandel den Strand nach Hause bringt. Oder wir tun jetzt etwas und steigen auf klimafreundlichen Verkehrsmittel um", so die ROBIN WOOD-Sprecherin.
Neben der Klimaschädigung nehme auch die Lärmbelastung kontinuierlich zu, betont Joachim Hans Beckers, der Vorsitzende der Bundesvereinigung gegen Fluglärm (BVF). Die nordrhein-westfälische Landesregierung habe den Lärm bei dem „innerstädtisch" gelegenen Flughafen Düsseldorf seit Jahrzehnten unter Umgehung der rechtlichen Normen nach oben getrieben. Köln-Bonn sei vor allem wegen seiner Nachtoffenheit so beliebt. Mit 40000 Nachtflügen finden dort so viele Nachtflüge wie in Frankfurt/Main statt. Durch die EU-Umgebungslärmrichtlinie und höchstrichterliche Urteile, die endlich den faktischen Vorrang des Flughafenausbaus gegenüber den Gesundheitsansprüchen der Anwohner beseitigt hätten und die Nachtruhe besser schützten, gerieten die Flughäfen zunehmend unter Druck. „Es besteht die Hoffnung, dass die Expansion der Flughäfen begrenzt werden kann." Allerdings müsse die Bundesregierung endlich das „Trauerspiel" um die Novellierung des Fluglärmgesetzes beenden und anspruchsvolle Grenzwerte festlegen, bevor es die Gerichte selber tun.
Mit ihrer gemeinsamen Initiative setzen sich die Umwelt- und Verkehrsverbände für eine nachhaltige Reduzierung des Luftverkehrs ein. Wesentliche Forderungen sind:

- die konsequente Verlagerung von Kurzstreckenflügen auf die Schiene;
- die Einrechnung der sozialen und ökologischen Folgekosten in den Flugticketpreis (Einführung einer Emissionsabgabe, Kopplung der Start- und Landeentgelte an Schadstoff- und Lärmemissionen);
- die Aufhebung der Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Verkehrsträgern (europaweite Besteuerung von Kerosin, Aufhebung der Umsatzsteuerbefreiung im grenzüberschreitenden europäischen Flugverkehr);
- der wirksame Schutz der Bevölkerung vor Fluglärm (schärfere Grenzwerte, Nachtflugverbote).

Alle wesentlichen Fakten und Forderungen zum Thema Flugverkehr wurden in einem Faltblatt zusammengefasst. Die Mitgliedsorganisationen des AK Flugverkehr und die regionalen Gliederungen werden diese Information ab heute bundesweit verbreiten.

Für Rückfragen:
Dr. Werner Reh, BUND NRW e. V., Tel.: 0211/302005-25, E-Mail: werner.reh@bund-nrw.org
Monika Lege/Ute Bertrand, ROBIN WOOD, Tel.: 040/380892-12, E-Mail: verkehr@robinwood.de
Dr. Manfred Treber, Germanwatch, Tel.: 0228/60492-14, E-Mail: treber@germanwatch.org
Joachim hans Beckers, BVF, Tel.: 0171/8935989, E-Mail: joachim-hans.beckers@t-online.de
Daniel Kluge, VCD-Pressesprecher, Tel.: 030/2804711-2, E-Mail: presse@ vcd,irg
Hintergrundinformationen zum Flugverkehr unter: http://www.robinwood.de

## Naturschützer wollen neues Bundesjagdgesetz

***Deutscher Naturschutzring (DNR)***
***Pressemitteilung 19/2003***
***(Bonn, den 18. September 2003)***

Der Deutsche Naturschutzring (DNR) hat bei seiner heutigen Journalistenbereisung in das Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin seine Forderungen zur Reform des Bundesjagdge-

setzes (BJagdG) vorgestellt. „Eine grundlegende Neufassung dieses Gesetzes, das in seinen Kernaussagen noch auf das von Hermann Göring verkündete Reichsjagdgesetz zurückgeht, ist längst überfällig“, sagte DNR-Generalsekretär Helmut Röscheisen. „Die Chancen für eine Reform der Jagdvorschriften stehen gut. Das Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft werde voraussichtlich in den nächsten Wochen erste Überlegungen für eine Reform des BJagdG vorlegen.“

Das Jagdwesen in Deutschland ist dringend reformbedürftig. Der Tierschutz hat inzwischen Verfassungsrang und das Umweltbewusstsein der Bevölkerung ist entsprechend gewachsen, erläuterte der DNR-Vertreter.

Nach den Vorstellungen des DNR ist die Jagdausübung nur zulässig, wenn Tierarten in ihrem Bestand nicht gefährdet sind und eine Bestandsverringerung aus ökologischen oder anderen zwingenden Gründen geboten ist und dies mit jagdlichen Mitteln erreicht werden kann. Die Jagdausübung auf im Bestand nicht gefährdete Tierarten ist außerdem zulässig, wenn die getöteten Tiere einer sinnvollen Verwendung zugeführt werden und von der Jagd keine nennenswerte Störung der übrigen Tierwelt ausgeht.

Am Rückgang vieler dem Jagdrecht unterliegenden Arten haben auch punktuelle Hegebemühungen seitens der Jägerschaft (z.B. Anpflanzungen von Hecken) nichts geändert, während andere erwünschte Arten zu Lasten ihrer Lebensräume auch mit Methoden der Haustierhaltung (z.B. Fütterung) noch gefördert werden.

Zukünftig sollen dem Jagdrecht nur noch die folgenden Tierarten unterliegen:

Rothirsch, Damhirsch, Sikahirsch, Reh, Gemse, Mufflon, Wildschwein, Wildkaninchen. Weitere Arten, die bei Vorliegen der Voraussetzungen regional bejagt werden können, sind: Fuchs, Steinmarder, Stockente und Fasan, wobei Eingriffe in Vogelbestände nur nach naturschutzrechtlicher Maßgabe erfolgen. Alle übrigen Vogelarten sind von der Bejagung ausgenommen.

In Naturschutzgebieten, Nationalparken, Kernzonen von Biosphärenreservaten, Natura 2000 Gebieten, EG-Vogelschutzgebieten und Ramsargebieten ruht die Jagdausübung. Eingriffe in den Bestand freilebender Tiere sind zulässig, wenn der Schutzzweck dies zwingend erfordert. Sie erfolgen ausschließlich nach Maßgabe der Schutzziele.

Für die Erhaltung und Wiederherstellung naturnaher Wälder kommt der Jagd eine besondere Verpflichtung zu. Die Abschussregelung für Schalenwild ist zu vereinfachen und ihre Bemessung anhand waldbaulicher und vegetationskundlicher Gutachten bundesweit verbindlich vorzuschreiben. Die Nichterfüllung oder zu geringe Festsetzung des Schalenwildabschusses hat entscheidend zur Erhöhung der Wilddichten beigetragen. Die Verbiss- und Schälschäden in unseren Wäldern kosten den Steuerzahler jährlich mindestens 300 Millionen DM, die finanziellen Folgekosten für Waldbesitzer und Volkswirtschaft betragen ein vielfaches davon. Die Schutzzäune gegen Wildverbiss erreichen inzwischen eine Länge, die zweimal um den Äquator reichen würde.

Nach Auffassung des DNR sind die jagdrechtlichen Rahmenbedingungen sind dem gewandelten Verhältnis des Menschen zum Mitgeschöpf Tier anzupassen. Die Jagdzeiten sind sinnvoll zu verkürzen und regionsspezifisch vor allem auf den Herbst und Frühwinter zu verlagern. Die Schonzeit zur Zeit der Jungenaufzucht ist für alles Wild konsequent einzuführen. Zur Paarungszeit hat ebenfalls Jagdruhe zu herrschen, wenn dem nicht zwingende Gründe einer effektiven Schalenwildbejagung entgegenstehen. Eine Verkürzung der Jagdzeiten trägt zur Verminderung der jagdbedingten Störungen und der effektiven Nutzung erfolgversprechender Intervalle bei. Störungsärmeres Jagen fördert die Vertrautheit mancher bejagter Arten und deren Beobachtbarkeit für die Bevölkerung.

Der Abschuss oder Fang von Hunden oder Katzen ist grundsätzlich zu untersagen. Der Abschuss oder Fang von Haustieren erfolgt ganz überwiegend aus überholtem jagdlichen Konkurrenzdenken und entbehrt - von Ausnahmefällen abgesehen - einer sachlichen Rechtfertigung und steht zudem im krassen Widerspruch zum Gebot des Tierschutzes.

Die Fallenjagd ist grundsätzlich zu verbieten. Begründete Ausnahmen sind entsprechend der Berner Konvention zu genehmigen.

Die Fütterung von Wild sowie die Verabreichung von Medikamenten und künstlichen Wirkstoffen sind zu untersagen. Die Fütterung ist eine wesentliche Ursache für überhöhte Schalenwildbestände, die nicht an die natürliche Lebensraumkapazität angepasst sind und im Ökosystem Wald beträchtliche Schäden verursachen. Die Fütterung und Medikamentierung verändert den Wildtiercharakter und greift unnötig in natürliche Selektionsvorgänge und ökologische Abläufe ein.

Angesichts der immer häufiger anzutreffenden Jagdunfälle verlangt der DNR bei einer Verlängerung des Jagdscheins den Nachweis ausreichender Schießleistungen auf stehende und bewegliche Zielattrappen zu binden.

Die Ausbildung und Prüfung von Jagdhunden an lebenden Tieren führt zu unnötiger Tierquä-

lerei und verstößt gegen Anliegen des Tierschutzes.
Der DNR bekennt sich ausdrücklich zur Bindung des Jagdrechts an das Grundeigentum. Nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes für die Menschenrechte vom 29.04.1999 hat die Bundesrepublik Deutschland als Unterzeichnerin der Menschenrechtskonvention die bisherige Zwangsmitgliedschaft der Grundeigentümer in der Jagdgenossenschaft zu prüfen. Nach diesem Urteil muss ein Grundeigentümer die Jagdausübung auf tümer die Jagdausübung auf seinem Grund und Boden nicht mehr im Rahmen einer Zwangsmitgliedschaft uneingeschränkt dulden.

**Weitere Informationen:**

Helmut Röscheisen, DNR-Generalsekretär, Mobil: 0160/97 209 108

## Dank WTO bald flächendeckend Gentechnikfelder in Europa?

***http://www.attac.de/gentechnik***
***(entdeckt: Marko Ferst)***

"Der Streitfall ist ein Nagel im Sarg der WTO, wenn wir ihn nutzen" (Susan George)

Schon seit Mitte Mai dieses Jahres liefern sich USA und EU einen Handelskrieg. Der Konflikt wird vor dem Schiedsgericht der WTO ausgetragen: Dort haben die USA gegen das Moratorium der EU für gentechnisch verändertes Saatgut und Nahrungsmittel geklagt. Offizielle Begründung: Das Moratorium schränke die Importmöglichkeiten US-amerikanischer Bauern nach Europa ein. Doch es ist vor allem die Gentechnik-Industrie, die sich nun einiges von einer Entscheidung der WTO-Richter erhofft ...

Bei diesem Streitfall steht viel auf dem Spiel: Müssen wir bald Genfood essen, nur weil die WTO es so will? Haben freier Handel und die Interessen der Konzerne Vorrang vor der demokratischen Entscheidung der europäischen Bürger und dem Schutz der Umwelt?
Wir sagen NEIN! Deshalb werdet AKTIV GEGEN DIE GENFOOD-ZWANGSVERORDNUNG!
Informiert euch:

- Unter www.attac.de/gentechnik findet ihr Hintergrundinfos, Dokumente und weitere Möglichkeiten, aktiv zu werden.
- * Bestellt und verbreitet den FLYER "Hände weg von unserer Nahrung" von Attac und BUND.

## Klima: Wärmerekord für Nordhalbkugel

http://www.g-o.de
***(entdeckt: Marko Ferst)***

So warm wie im späten 20. Jahrhundert war es auf der Nordhalbkugel der Erde seit 2000 Jahren nicht mehr. Das haben Messungen der Oberflächentemperatur ergeben. Diese wurden an verschiedenen Orten der Erde durchgeführt, wie britische und amerikanische Forscher im Fachblatt „Geophysical Research Letters" (Bd. 30, S. 1820) berichten.
Die Temperatur-Anstieg der vergangenen Jahrzehnte sei ohne Beispiel und stelle selbst das "moderat wärmere Intervall von 800 bis 1200 bei weitem in den Schatten", schreiben Michael Mann von der Universität von Virginia (USA) und Philip Jones von der Universität von East Anglia (Großbritannien) darin. Die Forscher hatten verschiedene Einzeluntersuchungen aus vielen Teilen der Erde ausgewertet. Sie mittelten und verglichen die darin aus Sedimenten, Baumringen oder Eiskernbohrungen bestimmten Oberflächentemperaturen vergangener Zeiten nach einem neuen Verfahren.
Für die südliche Hemisphäre und auch für die globale Entwicklung zeichnet sich demnach Vergleichbares ab. Hier konnten jedoch nicht genügend Daten für eine verlässliche Aussage ausgewertet werden. Die kältesten Perioden auf der nördlichen Halbkugel waren demnach das 6., 15., 17. und 19. Jahrhundert.

## Sommer 2003 ließ jede Menge Rekorde purzeln

***http://www.rp-online.de***
***(entdeckt: Marko Ferst)***

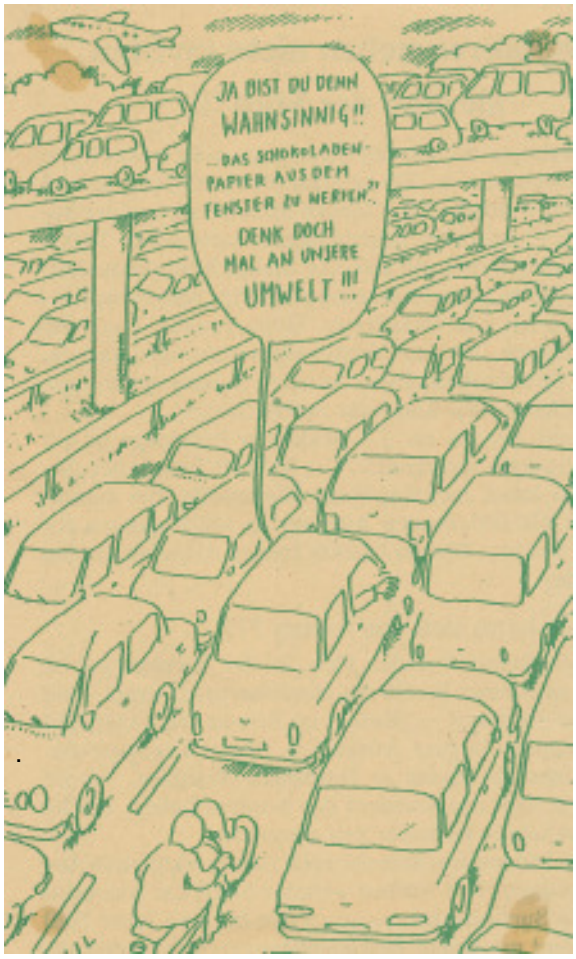
Das Jahr 2003 hat Deutschland einen Sommer der Superlative beschert. Die Temperaturrekorde purzelten nur so. Seit Beginn der Wetteraufzeichnung 1901 war es in weiten Teilen des Landes nicht mehr so heiß. Das teilte der Deutsche Wetterdienst in Offenbach bei einer ersten Bilanz mit. Sogar der Jahrhundertsommer 1947 wurde in den Schatten gestellt: Er wurde um ein ganzes Grad geschlagen. Im Schnitt war es am Tag 19,6 Grad warm, 3,4 Grad mehr als im langjährigen Mittel.
Besonders schweißtreibend waren Juni und August. Nur in einigen Ecken im Norden und Nordwestdeutschland waren die Temperaturen nicht ganz so rekordverdächtig.
Auch absolute Temperaturrekorde gab es reichlich, wie die Meteorologen mitteilten. So wurde der bisherige Temperaturrekord für ganz Deutschland von 40,2 Grad, der am 27. Juli 1983 im oberpfälzischen Gärmersdorf gemessen worden war, gleich mehrfach gebrochen: Nämlich am 09.und 13. August in Karlsruhe sowie am 13. August noch einmal in Freiburg im Breisgau. Möglicherweise seien sogar noch höhere Werte gemessen worden, teilten die Wetterforscher mit. Diese müssten jedoch noch überprüft werden.

## Japan führt in der Solartechnik

***http://www.sonnenseite.com***
***(entdeckt: Marko Ferst***

Manchmal erwecken deutsche Solarpolitiker den Eindruck, Deutschland sei die Nummer eins in der Solartechnik. Doch das ist falsch. Japan, die USA und China liegen weit vor Deutschland.
Japan hat in den 90-ern sämtliche deutschen Solarpatente aufgekauft und damit weltweit gute Geschäfte gemacht. Deutschland hat seit vier Jahren zwar einen Solarboom erlebt, aber Japan und die USA noch lange nicht eingeholt. Die meisten Photovoltaikanlagen, die heute in Deutschland installiert werden, sind aus Japan oder USA importiert. Im Jahr 2000 hatte Japan 209.000 Kilowatt Photovoltaik installiert, die USA 117.000 und Deutschland 70.000. Die Japaner sind sehr aktiv auf dem deutschen Markt, aber die Deutschen so gut wie gar nicht auf dem japanischen. Im Jahr 2000 zum Beispiel hat Japan mehr Photovoltaikanlagen installiert als Deutschland in 20 Jahren vorher zusammen.
China hat 2001 circa 65 Prozent aller weltweit produzierten Sonnenkollektoren auf seine Dächer installiert.
Die Zahlen für 2002:
China 10 Millionen m² Sonnenkollektoren; Deutschland: 0,5 Millionen m² Sonnenkollektoren.

**Das Letzte:**



## Impressum für die „tarantel"

Herausgeber: SprecherInnenrat der Ökologischen Plattform bei der PDS, Kleine Alexanderstr 28, 10178 Berlin, oekoplattform@web.de

Die „tarantel" ist über die Homepage www.pds-online.de verfügbar. Einige ältere Ausgaben sind auch unter: www.oekologische-plattform.de abrufbar.
Ältere Papierausgaben der „tarantel" können, so weit vorhanden, bestellt werden (Bundesebene).

## Kontaktadressen

**Bundesebene**
Ökologische Plattform,
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin,
agigs@pds-online.de,
www.oekologische-plattform.de, Manfred Wolf, Tel. 030/2411127,
manfredwolfberlin @web.de
BAG Umwelt, Energie, Verkehr
Sprecher: Prof. Dr. Wolfgang Methling, Schloßstr. 6 – 8, 19053 Schwerin, Tel. +49-(0)385-5888000, wolfgang.methling@um.mv-regierung.de

**Baden-Württemberg**
Ökologische Plattform Baden-Württemberg
Sprecher: Gottfried Tonhauser-Kausch, Bergstr. 7, 74399 Walheim, Tel. 07143-60551 Dieta Thüringer, R 7, 50, 68161 Mannheim, Tel. 0621-101541

**Bayern**
PDS, Eva Bulling-Schröter, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Tel. 089/51086092, Fax 089/51086093, infor@pds-bayern.de, info@bulling-schroeter

**Berlin**
Roland Schnell, Rudolfstr. 13, 10245 Berlin, Tel. 030/29449803, Fax 030/29449804, biogas-de@aol.com

**Brandenburg**
AG Umwelt der PDS Brandenburg
Sprecherin: Dr. Annemarie Kersten, Kiezstr. 35a, 14547 Wittbrietzen, Tel./Fax 033204/34842
Karin Lück, Bergstr. 41, 15374 Müncheberg, Tel. 033432/82211, k!ueck@za!f.de
Dr. Dagmar Enkelmann, MdL, umweltpolitische Sprecherin der PDS-Fraktion, BürgerInnenbüro Brauerstr. 8-10, 16321 Bernau, Tel. 03338/459543, wkb-d.enkelmann@t-online.de
Interessengemeinschaft Dritter Weg, Haus der Volkssolidarität, Wehrstr., 01968 Senftenberg Tel. 03573/80234, Fax /80230
Peter Ligner, Wensickendorfer Weg 11 16547 Birkenwerder, Tel. 03303/503660, Fax /503659, P.Ligner@t-online.de (Lokale Agenda 21, Berlin/Brandenburg, Runder Tisch Nachhaltiges Berlin/Brandenburg)
Erika Schulz, Dorfkern 5c, 16515 Hohenbruch, Tel. 033051/25709. erika-schulz@t-online.de
Marko Ferst, Köpenicker Str. 11, 15537 Gosen, Tel. 03362/882986, marko@ferst.de (Mitglied im Koordinierungsrat der ÖPF) www.umweltdebatte.de
Peter Engert, K. E., Ziolkowskiring 1, 15517 Fürstenwalde, Tel/Fax 03361 /344351 /4, peterengert@t-online.de

**Hamburg**
Joachim Täubler, Budapester Str. 31, 20359 Hamburg, sand-hh@web.de (SAND-Systemoppositionelle Atomkraft Nein Danke Gruppe Hamburg), www.nadir.org/sand

**Hessen**
Ökologische Plattform Hessen
Claudia Fittkow, Im Flatich 3, 34132 Kassel, Tel. 0561/9402573. ClaudiaFittkow@t-online.de

**Mecklenburg-Vorpommern**
Birgit Schwebs (umweit-, verkehrs- und energiepolitische Sprecherin der PDS-Fraktion), PDS-Fraktion, Lennestr.1,19053 Schwerin, Tel. 038203/63519, B.Schwebs@PDS.Landtag-MV.de

**Niedersachsen**
Ökologische Plattform Niedersachsen
Eckehard Jänicke, Elisenstr. 40, 30451 Hannover, Tel. 0511/9245911

**Rheinland-Pfalz**
Bruno Kern, Am Kronberger Hof 2, 55116 Mainz, Tel. 06131/236461

**Sachsen**
ADELE - ökologische Plattform Sachsen
Sabine Kunze, Jahnstr. 1, 02929 Rothenburg, Tel. 035891/35290, an-sa-kunze@t-online.de
Michael-Alexander Lauter, Schrammsteinstr. 9, 04207 Leipzig, Tel. 0341/9424882, im.lauter@primacom.net
Dr. Reinhard Natke, Mosenstr. 6, 01309 Dresden, Tel. 0174/98484127, drnatke@web.de

**Sachsen-Anhalt**
AG Umwelt Sachsen-Anhalt
Frigga Schlüter-Gerboth, Ernst-Haeckel-Str. 5, 06122 Hall, Tel. 0345/29418-63, Fax-64

**Thüringen**
Tilo Kummer (umweltpolitischer Sprecher der PDS-Fraktion), Arnstädter Str. 51, 99096 Erfurt, Tel. 0361-3772317, kummer@pds-fraktion-thueringen.de

## linke und ökologische Medien

Tageszeitung „Neues Deutschland"
(verantwortlich für die Umweltseite) Jörg Staude, Alt Stralau 1-2, 10245 Berlin, Tel. 030/29390786, wi-so@nd-online.de
Rabe Ralf, Umweltzeitung für Berlin und Brandenburg, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin, Tel. 030/44339147

(Veränderungen und Ergänzungen bei den Adressen bitte an den Bundeskontakt melden.)

Spenden für die „tarantel" und ÖPF: Berliner Bank AG, BLZ 10020000, Konto 4384840000, C.VWZ-831.141 Ökologische Plattform